Besprechungen und Selbstanzeigen

Das schweizerische Bankwesen im Jahre 1924. Heft 6 der Mitteilungen des statistischen Bureaus der Schweizerischen Nationalbank. Verlag: Art. Institut Orell Füssli, Zürich. Preis Fr. 5. (Vgl. hierzu die auf S. 122–125 publizierten Übersichten aus der schweizerischen Bankstatistik.)

Die Bankstatistik 1924, die wesentlich früher als sonst der Öffentlichkeit hat unterbreitet werden können, reiht sich inhaltlich den bisherigen Untersuchungen an. Das Wirtschaftsjahr 1924 stand im Zeichen einer ansteigenden Konjunkturkurve. Das mächtige Anschwellen der Bilanzsumme bringt dies gut zum Ausdruck, wenn schon darin die ansehnlichen Beträge enthalten sind, die auf ausländischen Kreditgeschäften der grossen schweizerischen Handelsbanken beruhen. Der Zufluss fremder Gelder und die Rapatriierung schweizerischer Kapitalien einerseits und die geringere Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentlich-rechtlichen Körperschaften anderseits haben die fremden Gelder aller in der Bankstatistik behandelten Institute, wie aus dem auf S. 122 f. hiervor abgedruckten Auszug aus der Bankstatistik hervorgeht, um 625 (Vorjahr 195) Millionen, anwachsen lassen. Mit dem Hereinholen von fremden Geldern haben insbesondere die Grossbanken Erfolg gehabt. Mehr als die Hälfte von diesem Zuwachs, nämlich 330 Millionen entfällt auf die Obligationenanlage. Die Spargelder haben sich nur um 18 Millionen erhöht. Den Hauptstimulus für die Bevorzugung der Obligationenanlage bildete die Erhöhung des Zinsfusses auf 5 ½ %, die zur Folge hatte, dass Kontokorrentkreditoren und namentlich Spargelder in erheblichem Umfange in Obligationen umgewandelt wurden. Ausgenommen in den Jahren 1912 und 1913 war seit dem Bestehen der schweizerischen Bankstatistik (1906) die Ausdehnung des Sparkapitals noch nie so bescheiden gewesen wie 1924. Die Zinsgutschriften auf dem Bestande von Ende 1923 würden allein ungefähr 130 Millionen ausmachen. Das statistische Bureau der Nationalbank hat daher der Bewegung der Spargelder besondere Aufmerksamkeit geschenkt, indem es erstmals eine *Bewegungsstatistik der Spargelder* ausarbeitete. Daraus geht u. a. hervor, dass von 212 zur Untersuchung herangezogenen Instituten nur bei 51 die Abhebungen geringer sind als die neuen Einlagen. Ausser der Bevorzugung der Obligationenanlage haben auch andere Ursachen zu einer Vernachlässigung der Spargelder geführt. Man hört oft Klagen über die geringe Sparsamkeit breiter Bevölkerungsschichten. Vielfach fehlt es aber nicht am Sparwillen, sondern am Können.

Auf der Aktivseite der Bilanz findet die wirtschaftliche Wiederbelebung ihren Niederschlag in der Erhöhung der Kontokorrentdebitoren. Der abnehmende valutarische Vorsprung des Auslandes ermöglichte unserer Exportindustrie einen vermehrten Absatz ins Ausland. Ferner hat der stärker einsetzende Zustrom von Fremden ebenfalls zu der erhöhten Aktivität beigetragen. Vor allem aber gab die in allen Teilen der Schweiz einsetzende lebhafte Bautätigkeit der Industrie und dem Gewerbe einen starken Impuls und verursachte eine grosse Nachfrage nach Hypothekargeldern. Nicht alle Banken konnten die an sie gestellten Kreditbegehren restlos erfüllen, weil bei ihnen der Zufluss von fremden Geldern nicht reichlich genug war. Als Schraube gegen die übermässige Beanspruchung fremden Kapitals zur Finanzierung des Liegenschaftenhandels und der Bauten diente die Hinaufsetzung des Zinsfusses. Der gute Handelswechsel blieb auch im Berichtsjahr eine verhältnismässig seltene Erscheinung. Gleichwohl vermochten vereinzelte Banken ihr Wechselportefeuille zu verstärken. Der von der Kriegszeit herrührende Reskriptionenverkehr des Bundes und der Bundesbahnen mit der Nationalbank hat im Jahre 1924 seinen Abschluss gefunden. Die Bankstatistik 1924 enthält einen Überblick über diesen Verkehr für die Nachkriegsjahre. Eine einlässlichere Behandlung hat wieder die Zusammensetzung des Effektenportefeuilles erfahren. Der fiktive Posten Währungsausfall ist im Berichtsjahre von 140 Millionen auf 33 Millionen abgetragen worden. Daran partizipieren noch 6 Institute.

Die Wiederbelebung der Geschäfte hat im allgemeinen die Rentabilität der schweizerischen Banken günstig beeinflusst. Das bessere Ergebnis von 1924 ist nicht etwa der weitern Einschrän-

kung der Unkosten, sondern der Erhöhung des Gesamterträgnisses zu verdanken; es ist im wesentlichen auf die regulären Einnahmequellen des Bankbetriebes zurückzuführen. Die Bankstatistik 1924 schenkt der Umsatzgestaltung und dem Bruttoertrag vermehrte Aufmerksamkeit. Der Bruttogewinn ist 1924 um 25 Millionen höher als im Jahr vorher. Die Verwaltungskosten, die in den beiden letzten Jahren rückgängig waren, sind 1924 zufolge der Ausdehnung der Geschäfte wieder gestiegen. Der Reingewinn macht bei Ausschluss der Trustbanken 1924 6,47 % des werbenden Kapitals aus gegen 5,07 % 1923. Das dividendenlose Kapital ist von 15,24 % auf 12,43 % zurückgegangen, während sich die Dividende aller Aktienbanken im Durchschnitt von 6,02 % auf 6,45 % gehoben hat. *E. Ackermann.*

Statistik der Gemeindesteuern im Kanton Bern pro 1923 (Mitteilungen des kantonalen statistischen Bureaus, Jahrg. 1925. Liefg. IL. 75 S. Kommissionsverlag bei A. Francke A.-G. Preis Fr. 2.

Die Ermittlung der Gemeindesteuerverhältnisse wurde bisher jeweilen von 5 zu 5 Jahren vorgenommen. Die vorliegende Arbeit enthält die Ergebnisse der Aufnahme vom Jahr 1923, wie sie das neue, durch Initiative zustande gekommene Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern mit dem 1. Januar 1919 gebracht hat. Der tabellarische Teil bietet die Nachweise über die Steuerkapitalien vom Vermögen und Einkommen, sodann die nach dem Vermögensfaktor berechnete Gesamtsteuerkraft in absoluter Summe und per Kopf der Bevölkerung, ferner die Steueransätze vom Vermögen und Einkommen I. Klasse für 1919—1923, endlich die Summen der vom Vermögen, Einkommen und durch Progression erhobenen Gemeindesteuern im ganzen, sowie per Kopf der Bevölkerung pro 1923, nach Gemeinden dargestellt. In zwei Übersichten sind diese Ergebnisse nach Amtsbezirken und Landesteilen rekapituliert, und zwar die Steuerkraft sowohl nach dem Vermögens- als auch nach dem Einkommensfaktor berechnet und die Steueransätze der Gemeinden auf Vermögen und Einkommen I. Klasse, nach je 12 Rubriken abgestuft. Der Text bringt eine ausführliche Besprechung.

Die Veranlagung der Gemeindesteuer erfolgt auf Grund der in der Gemeinde geführten Staatssteuerregister; bei der Staatssteuer können auf Vermögen die Grundpfandschulden abgezogen werden, bei der Gemeindesteuer nicht, was bewirkt, dass das Grundsteuerkapital des Staates etwa um 1226 Mill. Fr. geringer ist als dasjenige der Gemeinden; dagegen betragen die staatssteuerpflichtigen grundpfändlichen Kapitalien nahezu 810 Mill. Fr. mehr als die gemeindesteuerpflichtigen, weil die Hypothekarkasse, die Kantonalbank mit ihren Filialen und alle andern Geldinstitute, deren Haupttätigkeit in der Annahme von Spargeldern und deren Anlage auf Grundpfand besteht, von der Gemeindesteuer befreit sind, sofern ihre festen Anlagen auf bernischem Grundeigentum wenigstens $^3/_4$ des gesamten bei ihnen deponierten Kapitals betragen; ebenso sind Armen-, Kranken-, Schul- und Erziehungsanstalten von ihr befreit. Pro 1923 stellte sich das gemeindesteuerpflichtige Vermögenssteuerkapital immerhin noch um über 426 Mill. Fr. höher als das staatssteuerpflichtige, während umgekehrt das Einkommensteuerkapital des Staates um zirka 11 Mill. Fr. höher stund. Die Steuerkapitalien der Gemeinden betrugen pro 1923:

Rohes Grundsteuerkapital	Fr. 3.778.772.577	Einkommen I. Klasse (von Arbeit und Erwerb) . .	Fr. 342.023.651
Grundpfandschulden . .	» 1.383.435.385		
Grundpfändlich versicherte Kapitalien	» 527.053.070	Einkommen II. Klasse(von verzinslichen Kapitalien usw.)	» 55.332.195

Im Vergleich zu 1918, dem letzten Jahre unter dem Regime des alten Steuergesetzes, ergibt sich: 1. eine Zunahme des rohen Grundsteuerkapitals von 47,5 %, hauptsächlich von der neuen Grundsteuerschatzungsrevision von 1919/20 und von der Zuschlagssteuer herrührend; 2. eine Vermehrung des Einkommensteuerkapitals I. Kl. von 66,3 % und des Einkommensteuerkapitals II. Kl. von 99,7 %, eine Folge vermehrter Ausmittlung und Herbeiziehung des steuerpflichtigen Einkommens beider Klassen auf Grund der strengern Bestimmungen des neuen Steuergesetzes sowie der Progression. Ein Vergleich der Steuereinnahmen des Staates und der Gemeinden pro 1923 ergibt folgendes:

Steuererträge pro 1923	des Staates Fr.	der Gemeinden Fr.
Vom Vermögen, als Grund- und Kapitalsteuer	11.197.793	16.023.622
Vom Einkommen	18.092.972	23.129.749
Zuschlagssteuer (Progression)	7.573.646	5.446.604
Nachbezüge von Vermögen	85.835	oben
Nachbezüge von Einkommen	1.342.544	inbegriffen
Total	38.292.790	44.599.975

Nach dem auf 41 Jahre oder 8 Ermittlungsjahre rückwärts angestellten Vergleich der nach dem Vermögensfaktor berechneten Steuerkraft sowie der erhobenen Gemeindesteuern im ganzen hat sich die erstere mehr als verfünffacht, die Summe der letztern dagegen nahezu verzehnfacht, im Verhältnis zur Bevölkerung dagegen verachtfacht: von 8,49 Fr. per Kopf i. J. 1882 auf 66,13 Fr. i. J. 1923. Der analoge Vergleich über die Entwicklung der Staats- und Gemeindesteuern zeigt folgendes:

pro	Betrag der Staatssteuern Fr.	Gemeindesteuern Fr.	Staats u. Gemeindesteuern zusammen Fr.
1882	3.392.153	4.502.850	7.895.003
1893	4.089.593	5.993.405	10.082.998
1897	4.552.442	7.012.987	11.565.429
1903	6.976.065	8.454.246	15.430.311
1908	9.029.800	11.476.629	20.506.429
1913	11.204.253	14.374.824	25.579.077
1918	15.429.933	20.466.867	35.896.800
1923	38.292.790	44.600.035	82.892.825
Zunahme von 1882—1923	34.900.637	40.097.185	74.997.822
in %	1028,$_9$	890,$_4$	949,$_9$

So erfreulich diese Entwicklung des Steuerwesens für die Staats- und Gemeindeverwaltung auch sein mag, so drückend muss die starke Zunahme der Steuerlast empfunden werden. Im Vergleich zu andern Kantonen marschiert der Kanton Bern mit der Gesamtsteuerlast (nach den von der eidgenössischen Steuerverwaltung pro 1921 veröffentlichten Nachweisen) mit Franken 95.482.791 voran und mit 141,58 Fr. per Kopf der Bevölkerung an dritter Stelle; nur Zürich und Baselstadt weisen höhere Kopfquoten auf, nämlich 172,54 Fr. und 142,35 Fr.; doch stammt da der Steuerertrag mehr von bedeutenden Steuerkapitalien als von hohen Steueransätzen her. Der Vergleich des Ertrages der direkten Gemeindesteuern von 1923 mit demjenigen von 1921 zeigt, wie von der eidgenössischen Steuerverwaltung festgestellt wurde, für den Kanton Bern einen Rückgang von 10 Mill. Fr.; er ist z. T. auf die Ermässigung der Steueransätze mancher Gemeinden, wohl auch auf Kapitalabwanderung, in der Hauptsache aber auf die Verminderung der Steuerkraft, insbesondere aus Einkommen I. Kl. (Arbeits- und Verdienstlosigkeit infolge der wirtschaftlichen Krisis in der Nachkriegszeit), zurückzuführen, was an der Tatsache der bedeutenden Zunahme der Steuerkapitalien und des Ertrags an Gemeindesteuern gegenüber früher freilich nichts ändert; denn offenbar stellte das Jahr 1921 eine Hausse im Steuerwesen der Gemeinden wie auch des Staates dar.

In den Schlussbetrachtungen wird die Reform der Steuergesetzgebung gestreift, auf die Ursachen der wachsenden Steuerlast bzw. auf den grossen Aufwand im Staats- und Gemeindehaushalt hingewiesen und zugleich dem Steuerabbau das Wort gesprochen, ohne dass damit den notwendigen Kulturaufgaben und wohltätigen Institutionen, wie der im Werden begriffenen Altersversicherung, Abbruch getan werden solle. Dr. *C. Mühlemann.*

Berichte der XVI. Session des Internationalen Statistischen Institutes 1925.

Über die Tätigkeit des Internationalen Statistischen Institutes liegen vom Jahre 1925 19 Berichte vor.

1. Die Statistik ist das vornehmste wissenschaftliche Hilfsmittel, um uns unser Leben kennen lernen zu lassen. Prof. *Friederich Zahn* in München erörtert daher die Bedingungen für die Durch-

führung einer «Internationalen Kulturstatistik» (moralische, geistige und politische Kultur). Es handelt sich hier um eine Aufgabe, für deren organisatorische Durchführung das Institut zuständig ist. Was im Sinne der Darstellung von *Zahn* möglich ist, sollte ohne weiteres verwirklicht werden, ganz unbekümmert darum, ob die Aufgabe je in idealer Vollkommenheit gelöst wird oder nicht. Allein schon die Aufzählung und Zusammenstellung der Gebiete ist geeignet, uns einen Einblick in das Leben der Kulturnationen zu vermitteln, zu dem wir lediglich gedächtnismässig niemals in dieser tabellarischen Vollständigkeit gelangen. Nichts ist geeigneter, um den Erkenntniswert und die pädagogische Bedeutung der statistischen Arbeit klar zu zeigen als gerade dieser Aufsatz von *Zahn*. Wem es mit der Klarlegung des Lebensproblemes ernst ist, der legt solche Tabellen an. Da es sich stets um das uns allen gemeinsame Leben handelt, so ist auch die Erforschung jedes Einzelgebietes ohne weiteres eine Arbeit am gemeinsamen Probleme und erhält ihre volle Bedeutung nur im Zusammenhang mit der Erforschung der übrigen Gebiete, die erst in ihrer Gesamtheit das wirkliche Leben uns vor Augen stellen.

2. Die statistische Arbeit ist stets mit persönlichen und finanziellen Opfern verbunden und kann ohne Opferfreudigkeit gar nicht gedeihen. *Zahn* erörtert daher in einer zweiten verdienstvollen Schrift: «Zur Frage der Konsolidierung der Amtlichen Statistik», wie trotz der misslichen fiskalischen Verhältnisse unserer Nachkriegszeit die statistische Arbeit aufrechterhalten werden könne. Als die am wenigsten kostspielige Organisation befürwortet er die Erhaltung und zentralisierte Verbindung bewährter selbständig arbeitender Landes- und kommunaler statistischer Ämter.

3. Kurz entschlossen geht *Ugo Giusti* in seiner Schrift: «La statistique municipale en Italie» dazu über, im Sinne des energischen *Luigi Bodio* die Arbeitsgemeinschaft der statistischen Ämter der italienischen Städte mit über hunderttausend Einwohnern zu befürworten und die Gemeindetatistik aller Länder durch das Institut zusammenfassen zu lassen.

4. Im Dienste derselben Bestrebungen befürwortet Prof. *Thirring* von Budapest die Veröffentlichung eines Statistischen Jahrbuches der Grossstädte durch das Internationale Statistische Institut in seiner «L'annuaire statistique des grandes villes» betitelten Schrift.

5. Gleichzeitig liefert *Giovanni Monleone* einen Beitrag zur Förderung dieser Aufgabe unter dem Titel: «Il movimento municipalizzatore e le Aziende municipalizzate durante la guerra e nel dopo-guerra. Risultati finanziari.» Er bespricht die Rentabilität der Gemeindebetriebe in acht europäischen Staaten während der Zeit von 1914—1923 im Verhältnis zum Betriebskapital oder im Verhältnis zu dem in den Installationsanlagen investierten Kapital.

6. Um auch den Zusammenhang mit dem bisherigen Leben gebührend zu berücksichtigen, berichtet *Ugo Giusti* ferner über eine von *Napoleon I.* in Florenz durchgeführte Volkszählung unter dem Titel: «Un censimento fiorentino sotto Napoleone I (1810).»

7. Das der gesamten statistischen Forschung gemeinsam zugrunde liegende Lebensproblem erfährt ferner eine soziologische Förderung durch die Untersuchung von *Franco Savorgnan* über die Fruchtbarkeit der Aristokratie unter dem Titel: «La fecondità dell' aristocrazia. Case sovrane e mediatizzate.» Die Untersuchung ergibt, dass die Tendenz, auszusterben, im Bürgertum am stärksten, weniger stark im niederen Adel und am geringsten in der hohen Aristokratie ausgeprägt ist.

8. Im Dienste der Aufgaben des Institutes untersucht ferner *M. Huber* die Bedingungen für ein einheitliches Verfahren in der Feststellung der Todesfälle und ihrer Ursachen. Sein Bericht führt den Titel: «Rapport sur les modes de constatations des décès et de leurs causes.» Das Problem einer einheitlichen Organisation der Statistik der Sterbefälle wird hier auf breitester empirischer Grundlage behandelt.

9. Zu den Todesursachen gehören auch die Fälle der fahrlässigen und vorbedachten Tötung und des Selbstmordes. Diese macht der Soziologe *Enrico Ferri* zum Gegenstand einer Untersuchung: «Un secolo di omicidii e di suicidii in Europa.» Sein Forschungsgebiet erstreckt sich auf sieben europäische Staaten für die Jahre 1827—1923. Sein Buch «Omicidio-Suicidio» ist im laufenden Jahre 1925 in 5. Auflage erschienen. Das statistische Ergebnis, zu dem *Ferri* gelangt, besagt, dass erstens in den verglichenen Ländern einer Zunahme der Selbstmordziffern eine Abnahme der Tötungsziffern entspricht; zweitens, dass oft in den Jahren, in denen die Selbstmordziffer zunimmt, die Tötungsziffer abnimmt. Es besteht also eine ungleichsinnige

Korrelation zwischen den Ziffern der beiden Reihen, die nun die Unterlage bildet für die weitere Entfaltung des Problemes. Unter den Bedingungen dieser Korrelation erfahren natürlich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse dieser Länder und Zeiten eine gebührende Berücksichtigung.

10. Im Dienste der Charakterisierung der wirtschaftlichen Lage einer räumlich-zeitlich bestimmt umgrenzten Bevölkerung erörtert daher *Ugo Giusti* in einem weitern Berichte die Brauchbarkeit der Indexziffern der Lebensunterhaltskosten. Die der Vergleichbarkeit dienenden methodologischen Fragen stehen hierbei im Vordergrund des Interesses. Diese Indexziffern sollten eine fast unmögliche Leistungsfähigkeit aufweisen; denn die Lebenshaltung einer Familie steht in unlösbarem Zusammenhang mit der Wirtschaftslage des ganzen Volkes.

11. Der Bestimmung der volkswirtschaftlichen Gesamtlage dient das Erfassen der industriellen Tätigkeit. Diese ist so mannigfaltig gegliedert, dass es einer Klassifikation bedarf, um einen einheitlichen, mit der industriellen Tätigkeit anderer Völker vergleichbaren Überblick zu gewinnen. Über diese Frage berichtet *Lucien March* unter dem Titel: « La classification des industries. »

12. Die derzeitige Leistungsfähigkeit der internationalen industriellen Produktionsstatistik zeigt der «Report on the census of industrial production» von *A. W. Flux*. Diesen vorwiegend grundsätzlichen Ausführungen hat in demselben Heft *Adolph Jensen* einen mehr historischen Bericht über «Progress of industrial production statistics» hinzugefügt über die Zeitabschnitte vor, während und nach dem Weltkriege.

13. Der Charakterisierung der industriellen Verhältnisse dient ferner auch die Studie Statistique des salaires et de la durée du travail» von *Michel Huber*.

14. Die Organisationsbedingungen einer internationalen Unfallstatistik erörtert der Direktor unseres Eidgenössischen Statistischen Bureaus, *Marcel Ney*, in «La question de la statistique des accidents du travail».

15. Um die Bestimmung der volkswirtschaftlichen Gesamtlage, von der jede Einzelwirtschaft abhängig ist, zu vervollständigen, bringt schliesslich *L. M. Estabrook* die Durchführung einer internationalen Agrikulturstatistik für das Jahr 1930/31 in Vorschlag.

16. Angesichts der Aufgabe, ein so ungeheures Material von Beobachtungswerten fruchtbar zu machen und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu publizieren, erörtert *Adolph Jensen* die Möglichkeit, eine Auswahl zu treffen, in dem Berichte «On the representative method in Statistics.»

17. Zahlreiche Beispiele für die Verwirklichung der hierbei zu befolgenden Grundsätze gibt *Adolph Jensen* in seiner Schrift: «The representative method in practice.»

18. Diesen durch die praktischen Verhältnisse nahegelegten Bemühungen sucht *Lucien March* eine wissenschaftliche Legitimation zu verschaffen in « Observation sur la méthode représentative et sur le projet de rapport relatif à cette méthode.» Er gelangt jedoch zu einem negativen Befunde, indem er erkennt, dass das Bernoullische Theorem nur dann zur Rechtfertigung herbeigezogen werden kann, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, an die es selbst gebunden ist. (Seite 9 des erwähnten Berichtes.)

19. Den naheliegenden Bedenken gibt daher *C. A. Verrijn Stuart* in seiner «Note sur l'application de la méthode représentative» Ausdruck. Unter Beobachtung all der erörterten Vorsichtsmassregeln kann eine Publikation ausgewählter Beobachtungen immerhin wünschenswerter erscheinen als deren blosse Einlieferung ins Archiv. *Emil Haemig.*

Denkschrift des Hamburgischen Welt-Wirtschaftsarchivs.

Der Verlag «Wirtschaftsdienst» gibt mit dem im Heft 4, Jahrgang 1925, S. 490 f., besprochenen «Nachschlagebuch» eine Denkschrift heraus, welche die Entwicklung des Archivs, seine Aufgaben und Ziele darstellt und über die Organisation des bedeutenden Institutes eingehend Auskunft gibt.

Im Jahre 1908 ist das Weltwirtschaftsarchiv vom Staate Hamburg als «Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstitutes» gegründet worden. Es bildete also zunächst ein Zentralbureau, das anhand der kolonialen Fachpresse vor allem über die weltwirtschaftlichen Ereignisse und die Entwicklung speziell in den deutschen Kolonien Auskunft zu geben imstande war.

Bald aber wurden immer weitere Wirtschaftsgebiete einbezogen, und etwa um 1913 hatte das Institut den heutigen weltumspannenden Charakter. Aus dem Zentralbureau war das Weltwirtschaftsarchiv geworden, dessen Aufgabe ist: «ein umfassendes Tagebuch der Weltwirtschaft und Weltpolitik zu führen, in dem jeder die für ihn wichtigen Tatsachen schnell nachschlagen oder die ihn interessierenden Kapitel gründlich studieren kann».

Das Archiv erschliesst also die bestehenden wirtschaftlichen Informationsquellen. Eine der heute bedeutendsten dieser Quellen, die Presse, wird hier systematisch ausgeschöpft: das Wertvolle aus der grossen Tagespresse wird nachweisbar gemacht, verarbeitet und zur Benutzung zur Verfügung gestellt. Ausser einem umfangreichen Presse- und Zeitschriftenmaterial bilden die Grundlagen des Archivs, ähnlich wie im Schweizerischen Wirtschaftsarchiv, die amtlichen Veröffentlichungen, Wirtschaftsmonographien, die Jahresberichte und Bilanzen der Unternehmungen.

Neben der Sammlung und Bereitstellung hat sich das Archiv schon in den Kriegsjahren auch die *Nutzbarmachung* der Bestände zur Aufgabe gemacht und in Verbindung mit der Leitung des Seminars für Nationalökonomie und Kolonialpolitik i. J. 1916 die «*Hamburgischen Forschungen*» ins Leben gerufen, eine Sammlung von wirtschaftspolitischen Studien aus dem weltwirtschaftlichen Interessengebiet. (Bis heute sind zehn Hefte erschienen; die einzelnen Erscheinungen sind in der Denkschrift aufgeführt.)

Eine weitere Schöpfung des Archivs ist die i. J. 1916 gegründete Wochenzeitschrift «*Wirtschaftsdienst*». Sie sucht dem Inland ein klares Bild der Auslandswirtschaft zu geben, das Ausland über die Vorgänge der deutschen Wirtschaft zu unterrichten und die grossen Zeitfragen der Wirtschaft in kritischer Darstellung zu klären. An der Erfüllung der letzten Aufgabe arbeitet eine Reihe führender deutscher und ausländischer Persönlichkeiten der Wissenschaft sowohl als der Wirtschaftspraxis. Durch sie sind die grossen Fragen der letzten Monate: die Reparationsleistungen, die Währungsfragen in Deutschland und England usw. in wissenschaftlicher Weise erörtert und abgeklärt worden.

Eine Stärkung hat die neue Zeitschrift erfahren dadurch, dass die hochangesehenen «Weltwirtschaftlichen Nachrichten» sich ihm eingegliedert haben, die das Kieler Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr herausgegeben hatte. Es haben sich hier die mehr wirtschaftspraktischen Tendenzen des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs mit denen des auf wissenschaftliche Tätigkeit gerichteten Kieler Instituts zu einer fruchtbaren Arbeitsgemeinschaft verschmolzen. Auch die «Ostasiatische Rundschau» ist im «Wirtschaftsdienst» aufgegangen. Mit einer Reihe von Reichsämtern und andern Stellen steht das Archiv und seine Zeitschrift in Fühlung und Arbeitsverbindung (Reichsauswanderungsamt usw.), und ein Stab von Mitarbeitern ist um den ausländischen Informationsdienst des «Wirtschaftsdienstes» bemüht.

Der Hamburger Staat hat nicht allein die Mittel für das Archiv bewilligt; er hat auch während Jahren Zuschüsse für den «Wirtschaftsdienst» gewährt. Heute allerdings kann die Zeitschrift auf diese Zuschüsse verzichten und ist finanziell gesichert aus eigener Kraft.

Die Teile der Denkschrift, die über die *archivtechnische Anlage* und den fortschreitenden Ausbau der Sammlungen berichten, sind für Archivare und Bibliothekare von besonderm Interesse. Auch die Probleme der Organisation und der technischen Nutzbarmachung werden erörtert. Die völlige Erschliessung der Materialsammlungen für die Öffentlichkeit ist i. J. 1924 durch die Vereinigung der einzelnen örtlich getrennten Teile des Archivs in einem gutgelegenen Archivgebäude (der alten Post von Hamburg) ermöglicht worden. Die Statistik über den Materialbezug und die Bestände wie auch über die Leser bilden den zahlenmässigen Beweis dafür, dass das gut angelegte und sorgfältig ausgebaute Archiv dem Bedürfnis weiter Kreise entgegenkommt. An *Materialien* gingen laufend ein:

Ende 1924: 120 Zeitungen, 780 Zeitschriften;
Juni 1925: 200 Zeitungen, 1000 Zeitschriften.

Die *Archivbestände* erreichten im Durchschnitt des Etatjahres 1924/25:

a) der Jahreszuwachs an Zeitungsausschnitten: 290.000;
b) die Zahl der Einzelakten im Firmenarchiv: 12.500.

Endlich beläuft sich die *Besucherzahl* im Bibliothek- und Zeitschriftensaal im ersten Halbjahr 1925 auf monatsdurchschnittlich 2702 (Maximum im Mai 3424 Besucher). *S. Sch.*

Pribram, Dr. Karl, Prof., Probleme der internationalen Arbeitsstatistik. Heft 14 der Kieler Vorträge. Herausgegeben von Prof. Dr. B. Harms. 16 S. Kommissionsverlag G. Fischer, Jena 1925.

Der Verfasser, Leiter der statistischen Abteilung des internationalen Arbeitsamtes in Genf, bespricht die an den internationalen arbeitsstatistischen Konferenzen im Oktober 1923 und im April 1925 behandelten Arbeiten, die unter dem Gesichtspunkt ihrer internationalen Bedeutung und einer Einigung über die Methoden, die bei ihrer Bearbeitung beobachtet werden müssen, ausgewählt wurden. Es waren Probleme der Lohnstatistik (Lohndaten, Lohnbewegung innerhalb der einzelnen Länder, internationale Vergleichbarkeit), Methoden der Berechnung von Indexziffern der Lebenshaltungskosten, Statistik der Betriebsunfälle, der Arbeitslosigkeit und die Gliederung der Erwerbszweige und Berufe. In besondern gedruckten Berichten waren die in den einzelnen Ländern beobachteten Methoden der Sammlung und Bearbeitung der statistischen Daten dargestellt worden [1]). Die von den Konferenzen gefassten Resolutionen sind im Herbst 1925 in Rom vom Internationalen Statistischen Institut mit unwesentlichen Änderungen angenommen worden.

Im Einzelnen werden die Schwierigkeiten erörtert, die einer Vereinheitlichung der Methoden im Wege stehen und weitere Probleme der internationalen Arbeitsstatistik herangezogen.

Pribram mutet den statistischen Ämtern nicht zu, der internationalen Vergleichbarkeit zulieb die Methoden ihrer Erhebungen und Bearbeitungen von Grund auf zu ändern — er weiss, dass Gesetzgebung und Verwaltung oft einen bestimmenden Einfluss auf die Ausgestaltung der Statistik ausüben. Vielmehr meint er, es sei schon viel gewonnen, wenn Klarheit über die Methoden erlangt werden kann, wenn die Ämter sich auf ihre eigenen Methoden immer wieder besinnen.

Die Arbeitsstatistiker haben auf den erwähnten Konferenzen nur die ersten Grundlagen zu schaffen versucht, um Vergleichsarbeiten zu ermöglichen. Auf gar manchem Gebiet hat das Internationale Statistische Institut bisher dasselbe getan, einstweilen mit verhältnismässig geringem Erfolg. Auch aus Pribrams Kieler Vortrag spricht nicht allzuviel Optimismus, aber er scheint doch nicht die Anschauung eines Fachmanns zu teilen, der unter dem Titel «Wege zur Weltstatistik» in der Neuen Zürcher Zeitung im April 1925 geschrieben: «es dürfte noch lange gehen, bis wir auf statistischem Gebiet aus der Pfahlbautenzeit herauskommen.»

Im übrigen spricht aus der Arbeit so sehr der Fachmann, dass im Einzelnen an ihr nichts auszusetzen ist. *F. Mangold.*

Dr. Wl. Woytinsky: *Die Welt in Zahlen.* Serie populärer statistischer Bücher. Herausgegeben von L. v. Bortkiewicz. Rudolf Mosse, Bücherverlag, Berlin 1925. — 1. Buch 236 S. — 2. Buch 376 S.

Publikationen, die uns zahlenmässig über die Verhältnisse einer grossen Zahl von Ländern orientieren, hat es seit Jahrzehnten gegeben: es sei nur an die Juraschek-Hübnerschen Tabellen, den Aperçu de la démographie des divers pays du monde des Internationalen Statistischen Institutes, an einzelne Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes erinnert, an den Anhang z. B. des Statistischen Jahrbuches des Deutschen Reiches usw. «Die Welt in Zahlen» ist ein in seiner Art neues, sehr wertvolles und verdienstliches Werk.

Das 1. Buch enthält die Abschnitte:

Die Erde	Die Wanderungen
Die Bevölkerung (Stand)	Die Städte
Die Bevölkerungsbewegung	Der Volksreichtum
Die Wanderungen	Die Reichtumsverteilung

2. Buch: Die Arbeit. Die Arbeiterklassen (Grösse und Zusammensetzung).

Die Frauen- und Kinderarbeit	Die Arbeitszeit
Die Arbeiterverbände	Streiks und Aussperrungen
Die Tarifverträge	Die Arbeitslosigkeit
Der Arbeitslohn	Die Sozialversicherung

[1]) Vgl. die Studien und Berichte, Reihe N, Nr. 11 f des Internationalen Arbeitsamtes und die (nur englisch und französisch) veröffentlichten Protokolle der beiden Konferenzen (Serie N, Nrn. 4—7) und den Aufsatz über die 2. Konferenz in der «Internationalen Rundschau der Arbeit», Genf 1925, Heft 7.

Die folgenden fünf Bücher werden behandeln: Die Landwirtschaft, das Gewerbe, Handel und Verkehr, der Staat, Daten der politischen und der Moralstatistik.

Im Gegensatz zu den übrigen Weltstatistiken umfasst die vorliegende einen viel grössern Teil der Wirtschaft. Der Wert solcher Statistik hängt nun davon ab, ob der Bearbeiter auf die Originalquellen zurückgeht und nicht nur auf solche zweiten Grades. Diesem Gebot kommt Woytinsky nach Möglichkeit nach; was er aber an wesentlich Neuem bietet, ist ein kurzer, meist erläuternder Text und die Angabe der Quellen. Dadurch wird die ganze Publikation für Nicht-Statistiker um ein gut Stück geniessbarer gemacht, und diese neue Art von statistischem Handbuch lässt den Wunsch rege werden, unsere üblichen statistischen Jahrbücher möchten einmal in ähnlicher Weise ausgerüstet werden. Zwischenhinein werden einzelne Erscheinungen auch graphisch dargestellt, und zwar meist in einfacher und geschickter Art. — Diese international vergleichenden Statistiken haben oft den Nachteil, dass nicht für alle Länder die neuesten Zahlen geboten werden; man greift eben zu den Zahlen jener Perioden, für die sie allgemein aus allen Ländern vorliegen; so wird die Sterblichkeit nach Altersstufen, z. B. für die Zeit 1905—1915, mitgeteilt. Für die bisherige Zeit kennt man sie aber für eine Reihe von Ländern, und sie ist auch weiterhin gesunken. Stichproben haben ergeben, dass für die Schweiz nicht immer alles oder das letzte Material verwendet worden. Der Bearbeiter sollte sich da der Mitarbeit von Fachleuten in den einzelnen Ländern versichern; für die Schweiz wird dies inskünftig geschehen, hoffentlich auch für andere Länder. Woytinsky befindet sich hier übrigens in guter Gesellschaft; auch die 4. Auflage des grossen Handwörterbuches der Staatswissenschaften hat gelegentlich über die Schweiz ungereimtes Zeug gebracht und vernachlässigt gewisse Dinge und bekannte verstorbene Persönlichkeiten.

«Die Welt in Zahlen» ist ein originelles Werk und für Statistiker, Volkswirtschafter, Redaktoren, Bibliotheken unentbehrlich. Auf die weitern Bände freuen sich ohne Zweifel alle, die die beiden erschienenen in Händen haben. *F. Mangold.*

Stucken, Rudolf, Privatdozent an der Universität Kiel. Theorie der Konjunkturschwankungen. 75 Seiten. Jena 1926 (Gustav Fischer).

Die Periode der deutschen Hochinflation hat auf wirtschaftstheoretischem Gebiete u. a. dazu beigetragen, die Beschäftigung mit Konjunkturproblemen, zum Teil in einem neuen Lichte, wieder in den Vordergrund zu rücken, und es lag in der Tat nahe, jene praktischen Lehren der Nachkriegszeit auch einem weiteren Fortschritt in der allgemeinen Erklärung der regelmässigen Konjunktur-Zyklen dienstbar zu machen, wie denn ja deren theoretische Behandlung auch schon vor dem Kriege jeweilig an besondere Wirtschaftsderouten (1901, 1907/08 usw.) anschloss. Rudolf Stucken will in seiner Arbeit, nach abstrakter Methode vorgehend, einen Beitrag zur weiteren Vertiefung der systematisch-kausalen Erkenntnis des zyklischen Konjunkturablaufes geben. Er beginnt mit einer kritischen Würdigung verschiedener bekannter bisheriger Konjunkturtheoretiker, stellt darauf einen einzelnen techno-ökonomischen Zusammenhang, nämlich die Beziehungen zwischen Ertrag und technischem Optimum insbesondere bei der mechanisierten Industrie, in einem zweiten Kapitel heraus und baut schliesslich in einem dritten Teile seine eigene positive Theorie der Konjunkturschwankungen gleichzeitig aus der Antithese zu den von ihm vorher besprochenen Lehrmeinungen und den Folgerungen aus jenen techno-ökonomischen Beziehungen auf.

Richtig stellt der Verfasser das ganze Problem der zyklischen Konjunkturen auf das notwendige Fundament des *geld*wirtschaftlichen Verkehrs und lehnt folgerichtig für die scheinbar parallele Auf- und Abbewegung an allen Warenmärkten die Erklärungsversuche ab, welche sich auf einzelne Gütermärkte stützen. Weiter gelangt er zur Verneinung einer hinlänglich erklärenden Kraft der Unterkonsumtionstheorie; allerdings wird man ihm kaum beistimmen können, wenn er von den neueren Konjunkturtheoretikern Bouniatian (nicht: «Bouniatan») zu *dieser* Gruppe zählen will (S. 28). Eine volle und wohlverdiente Würdigung erfährt bei ihm Clément Juglar, der schon 1860 auf die Kaufkraftschwankungen, man könnte sagen: das Mehr oder Weniger an volkswirtschaftlich disponiblem flüssigem Kapital in den einzelnen Zeitpunkten, als kausalen Faktor für die Konjunkturbewegungen hingewiesen hat. Richtig wird ferner die massgebende Bedeutung der *Verwendung* jeweilig vorhandener formaler Kaufkraft hervorgehoben: Die Investition in

Produktionsmitteln ist wesentlich für Entstehung und Ablauf der gedachten Zyklen. Was Stucken zur besonderen Fundierung dieses — bei den neuesten Theoretikern nicht bestrittenen — Punktes durch den techno-ökonomischen Exkurs seines zweiten Kapitels beibringt, ist hübsch beobachtet und darf seine Stelle in der Konjunkturtheorie beanspruchen.

Die positiven Ausführungen des Autors gipfeln in der Vorstellung, dass der Konjunkturaufstieg mit den ihm eigenen Erscheinungen steigender Zinssätze und gleichzeitig steigender Produktenpreise nur durch eine besondere Kaufkraftzufuhr verursacht werden kann, und dass diese letztere, neben einer Beschleunigung in der Folge der wiederholten Ausübung von Kaufkraft (man könnte sagen: Kaufkraft-Effikazität) und abgesehen von der psychisch verstärkten Wirkung der vorhandenen und allseitig empfundenen Gesamtrichtung des Preisniveaus (im Sinne der Darlegungen von Mitchell und Lavington) in der Hauptsache von einer *bankseitigen Kreditinflation* ausgehe. Hier schliesst sich Stucken an die Kredittheorien von Hahn, Schumpeter, Bendixen u. a. an, die er als die eigentliche, erstaunlich spät seitens der Theoretiker gefundene Lösung des Problems der zyklischen Schwankungen betrachtet. Die Möglichkeit für die Schaffung solcher inflatorischer Kaufkraft zur Investition in Hausseperioden erblickt der Autor in der fortlaufenden Produktion von Währungsmetall, welches gleichsam automatisch den Banken zuströmt und ihnen erfahrungsgemäss einen gegenüber ihrem metallischen Kassenbestande vielfachen Kredit zu erteilen gestatte. Dieser wird in Aufstiegsperioden aus bestimmten Gründen zu Investitionen benützt; dann tritt schliesslich eine Peripetie dieser luftigen Entwicklung ein (u. a. Nichtrückzahlung fälliger Kreditsummen), der Abstieg erfolgt unter veränderter objektiver (techno-ökonomischer) wie subjektiver Situation (Konsumumstellung).

Der Verfasser hat unstreitig eine erhebliche Gedankenarbeit an den Aufbau seiner theoretischen Darlegungen gewendet. Er ist bestrebt, keiner möglichen Variation der Verhältnisse aus dem Wege zu gehen, und gerade dabei bringt er verschiedene gut durchdachte *Einzelheiten* vor, welche meines Erachtens die theoretische Neuleistung seiner Arbeit darstellen. Im übrigen steht und fällt der eigentliche Kern seiner theoretischen Konstruktion mit der erwähnten neueren deutschen Anschauung von der eigenartigen kreditinflatorischen Tätigkeit der Banken in den Hausseperioden, einer Gedankenreihe, die offenbar durch die grosse Inflation in Deutschland wesentlich genährt worden ist. Dieses absolute Fundament für sein theoretisches Gebäude hat Stucken nicht weiter kritisch untersucht, er steht vielmehr stark im Banne der betreffenden Veröffentlichungen, und ich vermisse namentlich — man darf fast sagen typischerweise — eine präzise Auseinanderhaltung der Funktion von Giralgeld bzw. Giralkredit einerseits und definitiver Geldschöpfung mit dem durch sie vermittelten Kredit anderseits. Zu letzterem Typ gehört natürlich auch die Funktion der uneinlöslichen Banknoten. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, jene den privaten Banken allgemein zugeschriebene Fähigkeit der Kaufkraftaufblähung mit Preiswirkung durch Gewährung zusätzlicher formaler Buchkredite usw. *negiert*, für den ist der Kardinalpunkt der Stuckenschen Erklärung der Konjunkturschwankungen damit hinfällig. Ich muss mir versagen, hier auf die Motivierung meiner Ablehnung jener Giralkredittheorie einzugehen. Es ist das ein Gegenstand, der zumindest eine gesonderte Abhandlung grösseren Umfanges erfordert, und ich behalte mir vor, eine solche in einem der nächsten Hefte dieser Zeitschrift zu bringen. An dieser Stelle seien lediglich einige wenige Bemerkungen in einer andern Richtung gestattet, nämlich zum Hinweis darauf, dass die von Stucken — ganz richtig — der Konjunkturbewegung zugrunde gelegten intertemporalen Schwankungen im Bestande und in der Verwendung disponibler flüssiger Kaufkraft *vollauf gegeben* sind, auch *ohne* dass es jener vermeintlichen, künstlich stimulierenden Kreditierungstätigkeit der privaten Banken bedarf (im Gegensatz zur Notenbank!). Die Möglichkeit einer weitreichenden Streckung bzw. Kontraktion der tatsächlich aus dem volkswirtschaftlichen Prozesse vorhandenen, realen Kaufkraft ist allein schon durch zwei wichtige Umstände gegeben: 1. die jederzeit veränderbare Konsumintensität an sich, 2. die Substitution von vorhandenen naturalen Volksvermögensobjekten zu Verbrauchszwecken im weitesten Sinne. Wenn sich der auf diese Weise zeitweilig gestreckte Bestand an kreditierbarer flüssiger Kaufkraft (Geldkreditsubstanz), unter der Einwirkung der Zinsofferten am Kapitalmarkte, systematisch solchen Anlagen zur Verfügung stellt, welche als *illiquid* bezeichnet werden, wenn ferner eine optimale Ausnützung dieser Anlagen ständig weitere flüssige Mittel beansprucht, während deren Reservoir sich sukzessive verkleinert,

wenn endlich diese steigende Disproportionalität hier und dort zu einzelwirtschaftlichen Katastrophen führt und diese wiederum in verhängnisvoller Weise das Signal für eine allgemeine Rückziehung von Krediten aus langfristigen Investitionsanlagen gibt, dann lässt sich der Konjunkturzyklus bis in alle Einzelheiten und in jeder seiner Phasen hieraus erklären. Das kann hier natürlich nur mit diesen wenigen Worten angedeutet werden. Zu den von Stucken hervorgehobenen dabei mitwirkenden Punkten, denen ich mich mit Ausnahme des soeben behandelten Hauptpunktes im allgemeinen anschliessen kann, kommen allerdings noch verschiedene weitere wesentliche Momente hinzu. Für die Abstiegsperiode sei z. B. nur auf die ökonomische Wirkung des Wertschwundes und der Zinsabsorption stehender Produktionsanlagen hingewiesen. Die *Einkommensbezieher* müssen sich diesem Umstande, welcher für sie bei mangelhafter Beschäftigung der Anlagen eine entsprechende Einbusse bedeutet, rechnerisch anpassen. Wertvernichtung naturalen Vermögens bedeutet gleichzeitig Minderung im Bestande flüssiger Kaufkraft (Leihkapital) und in preishaltender Güternachfrage. Dieser ganze wesentliche Teilkomplex für die Erklärung der zyklischen Konjunkturschwankungen, der sich in Einkommens- und Vermögensschwund äussert (Dividendenkapitalisation!), ist bei Stucken kaum mit erfasst. Der Autor haftet im ganzen etwas zu stark an Lehrbüchern und Monographien; er wäre durch Orientierung am praktischen Wirtschaftsleben in mancher Hinsicht theoretisch weiter gelangt. Bisweilen gerät er in Anlehnung an ältere dogmatische Vorstellungen sogar ins gekünstelt Konstruktive hinein. So berührt sein wiederholtes Operieren mit der verstärkten oder verminderten «Kaufkraft der Goldproduzenten» zur Erklärung von Konjunkturphänomenen nicht eben überzeugend.

Aber der Gegenstand, den Stucken sich zur Behandlung gesetzt hat, ist sicherlich nicht einer der einfachsten, und es wird niemand, am wenigsten ein Fachgenosse, verlangen, dass namentlich ein junger Autor auf diesem Gebiete einen fehlerfreien Weg vorzeichnet. So dürfen in jedem Falle die gewissenhaft überlegten Ausführungen der vorliegenden Arbeit als ein in verschiedenen Punkten willkommener Beitrag zur Konjunkturtheorie gelten. *M. R. Weyermann.*

Müller, Dr. Johannes, Deutsche Wirtschaftsstatistik. Ein Grundriss für Studium und Praxis. 333 S. G. Fischer in Jena, 1923. 16 Mk. Gebunden 18 Mk.

Eine «deutsche» Wirtschaftsstatistik, weil deutsche Verhältnisse, sofern sie von der Wirtschaftsstatistik berührt werden, in Betracht gezogen und Zahlen aus der deutschen Wirtschaft verwendet werden, aber da eben die Probleme und Methoden allgemein sind, kann das Buch auch als Lehrbuch für schweizerische Studierende, für schweizerische Praktiker wohl empfohlen werden. Die einzelnen Abschnitte sind allerdings nicht alle gleichmässig durchgearbeitet. So steht Müllers deutsche Wirtschaftsstatistik zwischen dem, was der Zižeksche Grundriss gibt und was Meerwarth in seiner Einleitung in die Wirtschaftsstatistik für einige ausgewählte Abschnitte bietet. Man kann sich darüber seine Gedanken machen, ob es nicht wünschenswerter wäre, die einzelnen Gebiete der Wirtschaftsstatistik in Einzeldarstellungen methodisch erschöpfend zu behandeln und gleichzeitig das den wichtigen Ländern zugehörige Tatsächliche darzustellen, so dass der Statistiker jedes Landes auf seine Rechnung kommt, oder ob jedes Land seinen Grundriss haben soll. Ich würde das erstere vorziehen, weil doch die mehr oder weniger monographische Behandlung der Einzelgebiete viel mehr Anregungen gibt, zu Erörterungen über die Vergleichbarkeit führt und für uns Statistiker tatsächlich manchen dunkeln Punkt erhellt. Ob aber sich Verleger finden, die das Wagnis einer solchen Veröffentlichung auf sich nehmen? Ein Grundriss verkauft sich eben leichter, als eine Serie von Einzeldarstellungen. Und doch sollte man meinen, dass dies möglich werden könne, wenn man sieht, dass der rührige Verleger, G. Fischer, im Jahre 1924 eine Statistik von Tyszka (Teil 2: Die Wirtschaft) erscheinen und im Jahre 1925 die Wirtschaftsstatistik von Müller folgen lässt. Auch Tyszkas Buch ist an der deutschen Wirtschaft orientiert.

Müllers Wirtschaftsstatistik verrät übrigens auch den praktisch tätigen Fachmann und sei angelegentlich empfohlen. *F. Mangold.*

Wirtschaftswissenschaftliche Leitfäden. Deutsch herausgegeben von M. Palyi, 5. Band.
Hugh Dalton, Einführung in die Finanzwissenschaft. Deutsch mit Anmerkungen von Dr. H. Neisser, Berlin, Julius Springer, 1926. 4. 80 M.

Die vier ersten Bändchen hat Dr. Wyler im Jahrgang 1925, S. 502, dieser Zeitschrift besprochen und ausnahmslos empfohlen. Auch dieser neue Band verdient alle Beachtung. Dalton hat ihn «Principles of public finance» betitelt und behandelt in der Einleitung das Wesen des öffentlichen Haushaltes, den Grundsatz des grössten öffentlichen Nutzens und stellt öffentliche und private Finanzen einander gegenüber. In den folgenden Abschnitten wird das öffentliche Einkommen besprochen (die Steuern, ihre Abwälzung, die Verteilung der Steuerlast, der Einfluss der Besteuerung auf die Produktion und auf die Einkommensverteilung usw.); dann die öffentlichen Ausgaben und die öffentlichen Schulden. Die Übersetzung hat einen andern Titel gewählt, weil noch eine Darstellung der besondern Probleme folgen soll.

Dalton will zur Urteilsfähigkeit erziehen, arbeitet die wichtigen allgemeinen Grundsätze heraus und legt die allgemeinen Erwägungen klar, «die die Grundsätze für jede gesunde Finanzpolitik bilden müssen». Das alles gelingt ihm vorzüglich, und er stellt so frisch, so lebendig dar, dass kaum ein Leser sich dem Banne des Ganzen entziehen kann. — Auch dieser Band führt Studierende ganz vorzüglich in das Wesen der öffentlichen Finanzen ein. *F. Mangold.*

W. Brümmer, Dr. rer. pol., Hauptmann a. D., ehemaliger Referent für den Veredlungsverkehr bei der Hauptfahndungsstelle der Reichszollverwaltung und der Aussenhandelsnebenstelle für Baumwolle. Der Veredlungsverkehr mit dem Ausland (volkswirtschaftliche Studie über die Zollbefreiungen und Vergünstigungen des deutschen, sogenannten zollfreien Veredlungsverkehrs). Berlin, Verlag von Emil Ebering, 1925.

Wer es unternimmt, in die Praxis handelspolitischer Zustände eines Staates mit der Fackel der Wissenschaft hineinzuzünden, vollbringt eine Tat nicht nur vom Standpunkt des wissenschaftlichen Ertrages (wenn auch negativ), sondern auch vom Standpunkt des Arbeitsopfers aus; denn die Materie, die zu bearbeiten ist, ist kompliziert oder auch verworren, man mag hinblicken, fast wo man will. So auch der in dem Buche von Brümmer behandelte Stoff. Man kann sagen, dass Brümmer den Satz in Lusenskys vortrefflichem, mehr die technische Seite berührendem Buche über den zollfreien Veredlungsverkehr (Berlin 1903): «Ausser von der Gestaltung der tatsächlichen Verhältnisse hängt die Entscheidung (nämlich für die Schaffung eines Zollbefreiungssystems) jedoch wesentlich von der wirtschaftspolitischen Grundanschauung ab, die für die Gesetzgebung des einzelnen Staates massgebend ist», zum Gegenstande seiner Untersuchung hinsichtlich Deutschlands gemacht hat. Der Verfasser hat den zollfreien Veredlungsverkehr vom Zentrum der nationalen Wirtschaft und ihrer Politik aus zu beleuchten versucht. Und es scheint mir, dass dies ihm ganz vortrefflich gelungen ist. Die Knappheit der Darstellung samt den vielen Anmerkungen macht zwar die Lektüre oft nicht ganz leicht. Die gründlich durchdachte Arbeit aber führt in der Periode neu abzuschliessender Handelsverträge wertvollste Gesichtspunkte vor Augen, die sowohl auf theoretischer wie historischer Grundlage fussen. Allerdings bedarf manches, wie der Verfasser selbst sagt, noch vieler Einzelstudien. Die Darstellung nimmt, wie gesagt, bloss Bezug auf die deutschen Verhältnisse und kommt hier zum bündigen Schlusse, dass die Förderung des Auslandsveredlungsverkehrs nationalwirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht gerecht wird, indem mit dem zollfreien Veredlungsverkehr durch Verbilligung des Einkaufs von Auslandserzeugnissen die Ausfuhr einseitig zum Schaden der inländischen Produzenten gefördert worden sei; dies dient überwiegend den Interessen des Auslandes. Das Zentralproblem beim ganzen zollfreien Veredlungsverkehr liegt natürlich immer in der im Rahmen der nationalen Zollpolitik zu erfolgenden allseitigen Abwägung des Einzelfalles. Und hier bedeutet in erster Linie die dezentralisierte Handhabung in Deutschland ein grosses Missbehagen und gewissermassen ein Hindernis zur Erreichung einheitlicher Grundsätze. Eine glücklichere Organisation besteht in der Schweiz, wo die Behörde nur in Verbindung des Vororts des schweizerischen Handels- und Industrievereins die Entscheide trifft. Zudem ist eine gewisse konsequente Handhabung deswegen garantiert, weil zufolge der viel kleineren Verhältnisse eine Selbstkontrolle vorhanden ist und sich tatsächlich auch auswirkt. Bei dem gegenüber der Vorkriegszeit beträchtlich stärkeren zollfreien Veredlungsverkehr der Schweiz ist die entsprechende Straffung der Organisation rechtzeitig als notwendig erkannt worden. Behilflich ist die besondere statistische Darstellung des zollfreien Veredlungsverkehrs. Zu einer Ein- und Ausfuhr von beispielsweise insgesamt 173.100 q Baumwollgeweben (jeder Art) im Spezialhandel 1924 stossen nicht weniger

als 30.491 q Baumwollgewebe, die im zollfreien (teils aktiven, teils passiven) Veredlungsverkehr getätigt worden sind. Je wichtiger der Veredlungsverkehr, desto wertvoller wird das Buch Brümmers auch der schweizerischen Institution sein, indem es die Praktiker auf einen guten theoretischen Boden stellt, der in besonderem Masse volkswirtschaftlich orientiert, was ausschlaggebend ist.

Wenn in den Ausführungen Brümmers hin und wieder (z. B. Seite 21) ein mehr machtpolitischer Standpunkt des Aussenhandels vertreten wird, so ist das vielleicht mehr eine Einstellung in der Weltanschauung — dem Hauptmann nicht zu verübeln. Die friedliche Durchdringung des Welthandels wäre die andere Auffassung. Dies bloss als eine Zwischenbemerkung. Die andere:

Schlecht kommt das handelsstatistische Zahlenmaterial des statistischen Reichsamtes weg. Ob dabei die Verteidigung, wie sie seinerzeit in der Frankfurter Zeitung (Nr. 615 vom 19. August 1925) von amtlicher Stelle aus erfolgte, in Erwägung gezogen wurde?

Dr. *R. Schwarzmann.*

E. Schmalenbach, Grundlagen dynamischer Bilanzlehre, 3. Auflage, 1925, Leipzig, 288 Seiten.

Einer der verdienstvollsten Betriebswirtschaftler, Prof. Dr. E. Schmalenbach, will mit der vorliegenden Arbeit ein nicht zu unterschätzendes Ziel erreichen: nämlich den wirtschaftlichen Sinn der im Wirtschaftsleben stehenden Führer bilden, damit sie imstande sind, ihre Betriebe zu möglichst grosser Leistungsfähigkeit und Ertragsfähigkeit zu führen.

Einleitend zeigt er, welche Bedeutung der Bilanz in der einzelnen Unternehmung und in der Wirtschaft überhaupt zukommt. Mit Bezug auf das betriebliche Rechnungswesen unterscheidet er drei Anwendungsgebiete: das kameralistische, das landwirtschaftliche und das kaufmännische. Das kameralistische Rechnungswesen kennt keine Erfolgsrechnung; es ist im wesentlichen eine Einnahme- und Ausgaberechnung des Staates. Das eigentümliche Wesen der landwirtschaftlichen Buchführung besteht darin, dass die Landwirtschaft ungleich mehr noch, als die industrielle Unternehmung, ein Einheitsbetrieb ist, der eine rechnerische Auflösung kaum erlaubt. Das kaufmännische Rechnungswesen endlich basiert auf der Aufwand- und Ertragsrechnung.

Weiter behandelt Schmalenbach die verschiedenen Anschauungen über die Bilanz; er gibt klare Begriffe der Statik und Dynamik und weist die dualistische Bilanzauffassung als unwissenschaftlich zurück, weil sich mit *einer* Bilanz nicht zugleich das Vermögen und der Erfolg ermitteln lasse. Er weiss in feinsinniger Weise die Begrenztheit der statischen Bilanzziele herauszuschälen und zieht deshalb die dynamische Zielsetzung vor, weil, wie er mit Recht betont, eine gute Vermögensrechnung wichtig, eine gute Erfolgsrechnung aber noch wichtiger ist. Wichtiger als die Feststellung des Vermögens ist die häufige Messung des Erfolges wirtschaftlicher Tätigkeit, denn die volkswirtschaftliche Aufgabe des Wirtschaftsmenschen besteht in der Gütererzeugung und Güterverteilung mit der Erzielung eines möglichst grossen Mehrwertes zwischen Aufwand und Ertrag. Der Gewinn ist der Ausdruck der Wirtschaftlichkeit einer Unternehmung. Den Betriebswirtschaftler der Richtung Schmalenbachs kann aber nur der wirtschaftliche Betrieb als Organ der Gemeinwirtschaft interessieren, nicht aber der Betrieb als privatwirtschaftliche Erwerbsanstalt, die einzig auf das Geldverdienen ausgeht. Er muss jeden einzelnen Betrieb daraufhin untersuchen, ob er gemeinwirtschaftlich produktiv ist, und er muss dahin wirken, dass gemeinwirtschaftlicher und privatwirtschaftlicher Nutzen zusammenfallen: eine Frage der Wirtschaftspolitik und der Erziehung.

Hauptaufgabe der Erfolgsrechnung ist, zu erkennen, wie die Wirtschaftlichkeit einer Unternehmung sich ändert. Nach einer eingehenden Betrachtung der Gewinnrechnung kommt Schmalenbach auf das wichtige Gebiet der Abschreibung. Hier unterscheidet er vier Methoden: die Abschreibung nach Massgabe der Beanspruchung, nach der Zeit, die gleichmässige Abschreibung und die abfallende bzw. ansteigende Abschreibung. In ausführlicher Weise behandelt er sodann den Einfluss der Sachwertschwankungen auf die Gewinnrechnung. Durch die Veränderung der Preise in der Volkswirtschaft kommt ein neuer Wert in die Betriebsrechnung hinein, der Zeitwert (Reproduktions- oder Anschaffungswert und Veräusserungswert). Daneben haben wir aber noch einen Wert mit innenbetrieblichem Charakter, den Betriebswert.

Hinsichtlich der Bewertung der Leistung unterscheidet Schmalenbach das Realisationsprinzip vom Zeitwertprinzip. Ersteres stellt den Grundsatz auf, dass von einem Gewinn erst dann die Rede sein kann, wenn die Leistung realisiert ist, wogegen letzteres Gewinne schon vor deren Realisation als erreicht rechnet und nur nach dem Wert frägt, den die Dinge in einem bestimmten Zeitpunkt besitzen. Die Anwendung des reinen Zeitwertprinzips für alle im Betriebe ruhenden Güter kommt wohl ausserhalb der Steuerlehre nirgends vor. Dagegen ist für die Grösse des Spekulationsgewinnes die Zeitwertrechnung besonders angebracht.

In klaren, überaus instruktiven Ausführungen lässt der Verfasser die Anwendungsmöglichkeiten der Zeitwert- und Anschaffungswert-Abschreibungen erkennen, wobei er speziell das Zeitwertprinzip als ein Mittel der Betriebskontrolle befürwortet. Schmalenbach gibt uns sodann eine Darstellung der Berechnung von Aufwand und Leistung in bezug auf die liquiden Aktiven, die langfristigen Forderungen und Schulden usw., wobei er, da sein Buch den Charakter eines Kompendiums der Bilanzregeln hat, die Ausführungen auf die wesentlichen Fälle beschränkt und dadurch ein anschauliches Bild der dynamischen Bilanzgrundsätze vermittelt.

Einen grossen Raum nimmt begreiflicherweise das Kapitel über den Einfluss der Geldwertschwankungen auf die Gewinnrechnung ein. Verfasser postuliert die Notwendigkeit der Berücksichtigung dieser Schwankungen auch für die Zukunft, von der Erwägung ausgehend, dass auch vor dem Kriege, vor dem Valutazerfall, Geldwertschwankungen in nicht unbeträchtlichem Ausmasse vorkamen, Fluktuationen, ausgehend von der Geld- oder von der Warenseite. Die Anschauungen über das ideale Wertmass bewegen sich nach drei Richtungen: die eine will die Kaufkraft des Einkommens messen, eine zweite sucht ein Mass für das Messen des Geldwertes und eine dritte endlich, der sich auch Schmalenbach anschliesst, sucht schlechtweg ein Mass für die Messung des Güterwertes.

Übergehend zu den statischen Aufgaben der Bilanz behandelt der Verfasser die dynamische Bilanz als Bilanz der Kapitalbeanspruchung, die Liquiditätsbilanz, die Verschuldungsbilanz, die Liquidationsbilanz und die Abfindungs- und Steuerbilanzen. Die dynamische Bilanz hellt die Wirkungen der Bilanz- und Steuerpolitik, die Einflüsse der Konjunkturen, die allmähliche Wandlung der Kapitalbedürfnisse des Betriebes auf. Die Liquiditätsbilanz soll den absoluten und zeitlich relativen Stand der Liquidität darstellen. Während sie also die Unternehmung anleiten soll, die Finanzpolitik so zu betreiben, dass Kapitalien nicht brachliegen und die Zahlungsbereitschaft trotzdem nicht gestört wird, ist es Zweck der Verschuldungsbilanz, den Grad der Verschuldung zu erkennen. Zunehmende Verschuldung bedeutet ein Geringerwerden des eigenen Kapitals gegenüber dem fremden und damit auch ein steigendes Risiko für das eigene wie für das nichtpfandgesicherte fremde Kapital. Schmalenbach fordert mit Recht in der Verschuldungsbilanz auch den Nachweis der Eventualverpflichtungen (Bürgschaften, Kautionen, Garantien usw.) und die Angabe der bevorrechteten Gläubigern verpfändeten Aktiven. Was von der Erfolgsbilanz gilt, lässt sich auch auf die Liquidationsbilanz anwenden. Falls der Wert einer Unternehmung für die Abfindung eines Gesellschafters bestimmend sein soll, kommen sehr oft unvollkommene Vereinbarungen vor, so etwa dann, wenn die Abfindung auf Grund einer speziellen für diesen Zweck aufzustellenden Abfindungsbilanz zu erfolgen hat. Die Folge dieses Verfahrens ist, dass entweder der Ausscheidende oder der Verbleibende oft erheblich geschädigt wird. Die Aufmachung von Steuerbilanzen ist durchaus abhängig von den steuerlichen Vorschriften.

Der Wille, das Gesetz zu respektieren und dennoch die Grundsätze exakter Erfolgsrechnung anzuwenden, legte es dem Verfasser nahe, in einem letzten Abschnitt seines anregenden Buches die Grundsätze des Bilanzrechts zu entwickeln. Erstes Prinzip ist, dass der Kaufmann in seinen Büchern die Lage seines Unternehmens nach den Grundsätzen ordnungsmässiger Buchführung ersichtlich machen soll. In neuester Zeit hat das Prinzip der Opportunität hinsichtlich der Auslegungen des Bilanzrechtes immer mehr an Boden gewonnen. Der Verfasser gibt einen kurzen Überblick über die Entstehung der allgemeinen Bilanzvorschriften, des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches, das auch unserm schweizerischen Obligationenrecht als Vorbild gedient hat, und knüpft hieran eine auf gesunder Basis stehende Kritik, speziell hinsichtlich der Verschwommenheit der grundlegenden Begriffe, die keine genaue Auslegung des gesetzgeberischen Zweckes zulassen.

Schmalenbach lässt aus der reichen, praktischen Erfahrung und aus seinem Erleben ökonomischer Vorgänge heraus eine Zielsetzung erstehen, die sowohl der Bilanztheorie neue Wege weist, als auch der Bilanztechnik neue Methoden verfügbar macht. Mit der neuartigen Form der Darstellung trägt der Verfasser dem Standpunkt des Theoretikers wie dem des Praktikers Rechnung. Dem im Geschäftsleben stehenden Praktiker wird der Blick dafür erschlossen, dass sein zunächst rein privatwirtschaftlich orientiertes Handeln der gesamten Volkswirtschaft zugute kommt. *Victor Laepple.*

Dr. Max Gürtler, Schweizerische Bilanzen unter dem Einfluss von Konjunktur und Scheingewinn, Betriebs- und finanzwirtschaftliche Forschungen, herausgegeben von Prof. F. Schmidt, II. Serie, Heft 20, Berlin und Wien 1925, Industrieverlag Spæth & Linde.

In dieser beachtenswerten Studie hat sich der Verfasser die Aufgabe gestellt, den Einfluss der Veränderungen des Geldwertes auf die Bilanzen einiger bedeutenden Industrieunternehmungen in den Jahren 1913—1922 zu untersuchen. Vorgängig den Analysen der Bilanzen dieser Unternehmungen beschäftigt er sich mit den allgemeinen Ursachen der Geldwertänderung in der Schweiz, die sowohl auf der Waren- als auch auf der Geldseite liegen. Als Gründe auf der *Warenseite* werden die wirtschaftliche Abhängigkeit der Schweiz vom Auslande und der Rückgang der Produktion, als Gründe auf der *Geldseite* die Papiergeldwirtschaft und die Goldinflation angeführt.

Der Rückgang der schweizerischen landwirtschaftlichen und industriellen Produktion wird von G. mit weniger als 20—30 % eingeschätzt. Da die Steigerung der Lebenskosten sehr viel grösser war, so schliesst er daraus, dass aus dem Rückgang der Produktion und aus der dadurch bewirkten Warenverknappung allein die Teuerung nicht abgeleitet werden kann, sondern dass die weitern Ursachen auf der Geldseite liegen müssen. So richtig dies sein mag, G. übersieht, dass auf der Warenseite ausser dem Produktionsrückgang noch andere Gründe für die Teuerung in Betracht kamen. In dem neulich erschienenen Buche «Die säkulare Entwicklung der Kaufkraft des Geldes» von Dr. Notz wird neben anderm als Ursache der Kriegsteuerung die Entstehung einer starken Spannung zwischen Produktion und Bedarf angegeben, da die gewöhnliche Friedensnachfrage der Bevölkerung noch durch den Armeebedarf erhöht wurde, während anderseits der Produktion zahlreiche Arbeitskräfte durch den Heeresdienst entzogen wurden. G. gibt den Ausfall der auf diese Weise der Wirtschaft entzogenen Arbeitskräfte auf nur 2—3 % an, was zu niedrig sein dürfte, da ja gerade die einberufenen Wehrmänner den leistungsfähigsten Altersklassen angehörten.

In Hinsicht auf die geldseitig wirkenden Ursachen der Preissteigerung glaubt G. annehmen zu dürfen, dass der Papiergeldwirtschaft an der Teuerung in der Schweiz kein grosser Anteil zukam, weil die Preissteigerung in den U. S. A. nur wenig hinter derjenigen in der Schweiz zurückblieb, trotzdem der Dollar immer in Gold einlöslich war. Dieses Argument ist jedoch keineswegs überzeugend, denn die starke Goldeinfuhr in die Schweiz während des Krieges ermöglichte es der Nationalbank, die Notenausgabe um mehr als das Dreifache zu erhöhen, ohne die gesetzliche Metalldeckung zu unterschreiten, während die verfügbaren Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen immer knapper wurden, was auf die Preisentwicklung in der Schweiz einen bedeutenden Einfluss haben musste. Anderseits wirkte die starke Einschränkung des Warenkonsums durch die Rationierung der Preissteigerung eher entgegen. Im Gegensatz zur Behauptung Gürtlers, dass der Wert des Schweizerfrankens sich nicht oder nur wenig vom Goldwert entfernte, führte die Loslösung des Schweizerfrankens vom Goldwerte durch die Aufhebung der Noteneinlösungspflicht zu erheblichen Kursschwankungen, die im Jahresdurchschnitt bis zu 13 % unter und 18 % über die Parität gingen. — Im Abschnitt «Goldinflation» wird meines Erachtens vieles erörtert, was für die Problemstellung kaum von Belang ist, z. B. Ein- und Ausfuhrindex für unbearbeitetes Gold, Verlauf des Wertverhältnisses von Gold und Silber. Aus Tab. S. 43 geht hervor, dass bis 1919, nicht bis 1921, der Wochenlohnindex hinter dem Lebenskostenindex zurückblieb, der Reallohn somit tiefer, seit 1920 aber höher stand als vor dem Kriege.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Untersuchung der *Wirkungen* der Geldentwertung auf die schweizerischen Unternehmungen. Die vorliegende Studie ist ein gutes Beispiel, wie betriebswirtschaftliche Arbeitsmethoden der volkswirtschaftlichen Forschung dienstbar gemacht

werden können, zeigt aber auch zugleich, wie unerlässlich eine solide sozialökonomische Schulung für den Betriebswirtschafter ist. G. skizziert zunächst in knappen Umrissen die sogenannte organische Bilanzlehre seines Lehrers, Prof. F. Schmidt, ohne die seine weitern Ausführungen nicht verständlich wären.

Die während der Inflationszeit in Deutschland gemachte Beobachtung, dass trotz scheinbar glänzender Konjunktur das Kapital immer mehr schwinde, musste auch den kurzsichtigsten Geschäftsmann darauf bringen, dass in seiner Buchhaltung trotz nomineller Riesengewinne etwas nicht stimmen müsse. Der Grund lag darin, dass bei üblichen Rechnungsmethoden die Schwankungen des Geldwertes unberücksichtigt blieben (Mark = Markstandpunkt!). Um diesen Rechenfehler zu korrigieren, wurde hauptsächlich von deutschen Betriebswirtschaftern eine Reihe von Massnahmen in Vorschlag gebracht, u. a. von Prof. Schmidt, der in seiner organischen Bilanzauffassung den Widerspruch zwischen ausgewiesenen Riesengewinnen und Kapitalverlust in der Weise zu beseitigen sucht, dass er bei der Berechnung des Gewinnes vom *Wiederbeschaffungspreis* ausgeht und nicht wie üblich vom Anschaffungspreis. Dadurch wird zwangläufig ein Verlust ausgewiesen, wenn die Waren unter dem Wiederbeschaffungspreis verkauft werden. Die Differenz zwischen Ankaufspreis und Wiederbeschaffungspreis ist in Zeiten sinkenden Geldwertes nicht Gewinn (aus Umsatz), soll daher nicht als solcher ausgewiesen und ausgeschüttet werden, ist also nur nominelle Wertänderung, die auf einem besondern Wertberichtigungskonto unter den Passiven gebucht werden soll. Als Umsatzgewinn gilt nur der den Wiederbeschaffungspreis übersteigende Mehrerlös der Umsatzgüter. Damit wird auf (absolute oder wenigstens relative) Erhaltung des realen Kapitals der Unternehmungen hingearbeitet. Umgekehrt: in Zeiten der Preissenkung ergeben sich nach der «Organik» Scheinverluste.

Der Verfasser hat es nun unternommen, die in Deutschland krass hervorgetretenen Inflationswirkungen auch für die Schweiz nachzuweisen, und zwar durch Analyse der Bilanzen von 11 industriellen Grossunternehmungen (1913—1922). Schon die Auslese der 11 Kapitalgesellschaften war nicht leicht. Man muss den Mut und die Energie bewundern, mit der G. allen Hemmnissen zum Trotz an die kritische Sichtung und Zergliederung der Bilanzen heranging. Die einzelnen Bilanzposten, die zu Vergleichszwecken vielfach umgearbeitet werden mussten, werden der Reihe nach besprochen, stille Reserven wieder ans Tageslicht gebracht, d. h. geschätzt und nachgewiesen, dass auch bei uns der glänzende Geschäftsgang während des Krieges nur Schein gewesen und tatsächlich nicht nur die wirklich verdienten Gewinne, sondern auch ein erheblicher Teil des Kapitals ausgeschüttet (und versteuert!) und trotz nominell hohen Abschreibungsquoten effektiv weniger als vor 1914 abgeschrieben, ja sogar stille Reserven aufgelöst und als Gewinn verteilt wurden. Die Folge war, dass den Unternehmungen alle Augenblicke das Betriebskapital knapp wurde und neues Kapital beschafft werden musste, angeblich zur Verstärkung der Betriebsmittel, aber in Wirklichkeit zum Ersatz von ausgeschüttetem Kapital. Ob das stolze Zahlengebäude, das G. zum Beweis seiner These auftürmt, aller Kritik standhält und seine Schätzungen in allen Teilen stimmen, trotzdem sie vor- und umsichtig vorgenommen, bleibe dahingestellt. Im grossen und ganzen sind die Schlüsse, die G. daraus zieht, jedenfalls richtig. Anhand eines Börsenwertindexes wird noch nachgewiesen, dass auch die Börse das Gesamteigenkapital der untersuchten Unternehmungen niedriger einschätzt als 1913, und zwar trotz starkem Zufluss von Neukapital. Dabei berücksichtigt G. anscheinend nicht die Tatsache, dass der Zinsfuss, zu dem 1913 kapitalisiert wurde, unterdessen erheblich gestiegen ist und die Börsenkurse gegenüber damals empfindlich drückte.

Zum Schlusse gibt der Verfasser der bestimmten Vermutung Ausdruck, dass Konjunktur und Krisis bis zu einem gewissen Grade die Folgen von einfachen Kalkulationsfehlern *sein könnten* und durch richtige Berechnung eine Potenzierung der Konjunkturschwankungen vermieden werden könnte. Zusammenfassend sagt er: «Was die Freigeldtheorie mit vielleicht unausführbaren Währungsreformen, was Irving Fisher mit einem einen variablen Wert darstellenden Dollar versuchen will — nämlich eine Vermeidung oder Korrektur der Geldwertschwankungen —, das leistet die organische Bilanz durch eine einfache Änderung im Rechnungswesen der Einzelbetriebe.» Das ist reichlich kühn, aber dieser Gedanke ist dennoch einer Prüfung wert, wie überhaupt zu wünschen ist, dass der verdienstvollen Arbeit Gürtlers bei uns seitens der Vertreter von Wissenschaft und Praxis gebührende Beachtung geschenkt werde. *G. Oswald.*

Dr. Traugott Geering und **Dr. Rudolf Hotz,** Wirtschaftskunde der Schweiz, 9. Auflage 1925, Verlag Schulthess & Co., Zürich.

Die «Wirtschaftskunde der Schweiz» von Geering und Hotz, die erstmals 1901 erschien und heute in 9. Auflage vorliegt, ist hervorgegangen aus einem Preisausschreiben des Schweizerischen Kaufmännischen Vereins und dient in erster Linie dem Zweck, angehende Kaufleute in die Struktur und die Lebensbedingungen der schweizerischen Volkswirtschaft einzuführen. Das Buch ist wesentlich inhaltreicher als sein bescheidenes Gewand und sein Umfang — 173 Seiten — auf den ersten Blick vermuten liessen. Es bietet nicht nur dem kaufmännischen Nachwuchs, sondern auch dem jungen Nationalökonomen und dem in der Praxis des Wirtschaftslebens Stehenden mannigfache Anregung und Belehrung. Dafür bürgen schon die Namen der Verfasser, besonders des erstgenannten, der seit dem im Jahre 1917 erfolgten Tode seines Mitarbeiters Dr. Hotz die Bearbeitung allein besorgt. Es mag daher wohl am Platze sein, der «Wirtschaftskunde» bei Anlass der Neuauflage hier einige Zeilen zu widmen.

Wer sich in das Bändchen vertieft, muss dem Verfasser hohe Anerkennung zollen für die Art, wie er es verstanden hat, den gewaltigen Stoff zu meistern. In knapper, klarer Sprache und übersichtlicher Gliederung wird das ganze Gebiet der schweizerischen Volkswirtschaft in den Grundzügen dargestellt: Naturgrundlagen, Bevölkerung, Landwirtschaft, Industrie, Handel, Verkehr, Geld- und Bankwesen, Handels-, Zahlungs- und Wirtschaftsbilanz, alles unter Verwendung eines reichen und zweckmässig ausgewählten, den gründlichen Volkswirtschafter und Statistiker verratenden Zahlenmaterials. Die programmgemässe Beschränkung des Umfanges des Buches nötigte zu grösster Konzentration; bei allem Bestreben, die heutige wirtschaftliche Lage der Schweiz aus den gegebenen Grundlagen und der historischen Entwicklung heraus zu erklären, konnten viele Probleme naturgemäss nur angedeutet oder kurz gestreift werden. Es wird sozusagen die Quintessenz der schweizerischen Wirtschaftskunde geboten. Zweifellos hätte der Verfasser da und dort gerne etwas weiter ausgeholt. Früheren Auflagen des Buches war ein ausführlicher Literaturnachweis beigegeben, der dann aber in der Folge aus Gründen der Raum- und Kostenersparnis weggelassen wurde. Es wäre zu begrüssen, wenn sich die Herausgeber zur Wiederaufnahme des Literaturverzeichnisses entschliessen könnten; sie würden damit sicher manchen Leser zu weiteren Studien anregen und dem vortrefflichen Buche eine noch grössere Verbreitung verschaffen.

In der vorliegenden 9. Auflage sind alle Statistiken auf den neuesten Stand gebracht und insbesondere auch die Ergebnisse der Berufsstatistik von 1920 und der Fabrikstatistik von 1923 verwertet. Die handels- und sonstigen wirtschaftsstatistischen Daten für das Jahr 1924, die nach den Verschiebungen der Kriegs- und Nachkriegsjahre zum erstenmal wieder ein mehr oder weniger normales Bild der schweizerischen Volkswirtschaft geben, wurden in einem Nachtrag beigefügt, soweit sie in die systematische Darstellung noch nicht hatten aufgenommen werden können. Auch zahlreiche textliche Ergänzungen finden sich in allen Kapiteln. Die Ursachen, der Umfang und die wirtschaftlichen und sozialen Wirkungen der Kriegs- und Nachkriegskonjunktur und der darauffolgenden Krisis sind treffend charakterisiert. Den neuesten Wandlungen in den Produktions- und Absatzverhältnissen und in der Verkehrsentwicklung ist sorgfältig Rechnung getragen. Es sei z. B. hingewiesen auf die Veränderungen, welche das Aufkommen der Kunstseide in der Textilindustrie verursachte (S. 51), auf die Aussenhandelsumsätze der Schweiz im Vergleich zu denjenigen der übrigen europäischen Staaten (S. 76), auf die Entwicklung des Automobil-, Flug-, Schiffs- und Radioverkehrs (S. 106 ff., 169 ff.). Diese zuverlässige Berücksichtigung der jeweilen neuesten Entwicklung macht einen besonderen Vorzug des Buches aus.

Nicht mehr ganz zeitgemäss erscheint der aus früheren Auflagen übernommene Satz auf S. 53, dass die Stickereiindustrie «zugleich unsere bedeutendste Ausfuhrindustrie überhaupt» sei. Seit 1923 wird nicht mehr die Stickereiindustrie, sondern die Uhrenindustrie den ersten Platz als Exportindustrie beanspruchen können, und es ist leider kaum anzunehmen, dass es der Stickerei gelingen werde, ihre frühere Stellung wieder zurückzuerobern.

Auf Seite 48 wird auf das nur in der 7. Auflage enthaltene spezifische Kriegswirtschaftskapitel verwiesen. Es dürfte sich empfehlen, in einer wohl ziemlich bald nötig werdenden nächsten Auflage diese Verweisung dadurch überflüssig zu machen, dass die betreffenden Ausführungen soweit nötig in die neue Auflage hinübergenommen werden. *W. Bleuler.*

Sulzer, Oskar, Die Wirtschaft der Schweiz für Haus und Schule. Schulthess & Cie., Zürich 1926. — Fr. 3. 20.

Ein kleines Büchlein von 103 Seiten, das man vorerst misstrauisch zur Hand nimmt, dann aber gerne durchliest, wobei man einmal feststellt, dass es keine Unrichtigkeiten enthält, und weiter, dass es in seiner anschaulichen Darstellung alle jene fesseln kann, die ob Zahlen Schrecken empfinden. Das beinahe völlige Fehlen von zahlenmässigen Angaben macht es aber meines Erachtens für den Gebrauch in Mittelschulen — sofern darunter Schulen mit nicht mehr schulpflichtigen Schülern zu verstehen sind — wohl weniger geeignet; denn da wird doch viel besser die im gleichen Verlage erschienene «Wirtschaftskunde» von Geering und Hotz verwendet. Man kann im Vereinfachen wohl auch zu weit gehen. Warum z. B. auf Seite 83 Malthus nicht nennen, («ein Engländer ... hat den Satz geprägt, dass sich das Menschengeschlecht in doppelter und vierfacher Zahl nachdrängt ...») ? Sollte man nicht gerade bei der Jugend das Verständnis für die wichtigsten Zahlen aus dem Bevölkerungs- und dem Wirtschaftsleben wecken? *F. Mangold.*

Zollinger, M. Die Finanzierung der schweizerischen Maschinengrossindustrie. Schweizer Industrie- und Handelsstudien, herausgegeben von Prof. Weyermann, 20. Heft. Weinfelden 1925: Neuenschwander.

Das industrielle Finanzierungswesen ist in der Schweiz ein stark vernachlässigtes Gebiet. Abgesehen von der Literatur über Finanzierungsgesellschaften besitzen wir weder eine zusammenfassende Darstellung noch Studien über einzelne Industriezweige. Der Grund ist wohl in der Konstanz schweizerischer Finanzierungsmethoden zu suchen, die umwälzende Resultate nicht erhoffen lässt. Um so erfreulicher ist es, dass diese Lücke durch die vorliegende Arbeit für einen wichtigen Industriezweig ausgefüllt wird. Sie gibt zunächst eine Darstellung der *Entwicklung des Finanzbedarfes der Maschinenindustrie* und eine Analyse der Faktoren, durch die er bedingt ist, wobei naturgemäss nur auf die nicht ganz repräsentativen Bilanzzahlen abgestellt werden muss. Es zeigt sich, dass das durchschnittliche Anlagevermögen der schweizerischen Maschinenindustrie 40 % nicht übersteigt, dass in den Aufschwungperioden das Betriebskapital stärker hervortritt, weil es rascher steigt als das Anlagekapital, in den Depressionsperioden dagegen das Anlagekapital, weil es über den Kulminationspunkt hinaus weitersteigt, während das Betriebskapital rasch abfällt. Vom Betriebskapital verläuft die Kurve des in Rohmaterialien investierten Vermögens ganz parallel mit der Konjunktur, während das in fertigen Erzeugnissen investierte noch in der Depressionsperiode weitersteigt. Der Bedarf an Anlagekapital wird hauptsächlich bestimmt durch die stossweise Vermehrung des Gebäude- und Maschinenkapitals, die bei beiden in der Hochkonjunktur und am Anfang der Depression am stärksten ist. Besonders behandelt wird der Kapitalbedarf der Maschinenindustrie zum Zwecke der Finanzierung von Konzernunternehmungen, wobei sehr richtig zwischen der Finanzierung der Absatz- und der Produktionsorganisation unterschieden wird, deren wichtigste Verzweigungen in gedrungener Darstellung beschrieben werden.

Wichtiger ist jedoch der zweite Teil der Arbeit, der die *Formen der Kapitalbeschaffung* behandelt. Die Hauptergebnisse sind die folgenden: Die schweizerische Maschinenindustrie deckt ihren Bedarf an Anlagekapital hauptsächlich durch Eigenkapital, d. h. durch Aktienemissionen oder Reservenbildung, während Fremdkapital im wesentlichen nur zur Ergänzung des Betriebskapitals herangezogen wird. Bei keinem Unternehmen ist die Obligationenschuld grösser als das Aktienkapital. Der Hauptteil der Neuemissionen von Aktien und Obligationen fällt in die Zeit der Hochkonjunktur, und zwar bei Aktien hauptsächlich in die Mitte und auf das Ende, während Obligationen von Anfang an ausgegeben werden. In der Zeit der Depressionen werden dagegen im allgemeinen nur Konversionen von Obligationen und Neuemissionen von Aktien in Verbindung mit Sanierungen vorgenommen. Die Kapitalisierung der Unternehmungen hält die Mitte zwischen dem englischen System der Kapitalisierung nach dem Ertragswerte und dem deutschen System der Agioemission.

In einem dritten Teil endlich werden die *Kapitalgeber* der schweizerischen Maschinenindustrie untersucht. Dabei wird zunächst festgestellt, dass bis kurz vor der Jahrhundertwende das Finanzierungssystem mit dem englischen grosse Ähnlichkeit besass, dass also die direkte Finanzierung durch Privatpersonen die Regel bildete. Erst in den 80er Jahren beginnen

die Umwandlungsgründungen, ausgehend von der elektrotechnischen Industrie. Die Finanzierung durch Effektensubstituierungsgesellschaften spielt nur bei den Sulzerunternehmungen eine grössere Rolle, die Finanzierung durch Fabrikationsgesellschaften nur seitens des Auslands. Die Beziehungen zwischen Banken und Maschinenindustrie sind bei grundsätzlicher Unabhängigkeit sehr eng, was auch in der gegenseitigen Verflechtung der Verwaltungsräte zum Ausdruck kommt. Das Hauptgewicht der Bankunterstützung liegt nach der Meinung des Verfassers in der Vermittlung von Aktien- und Obligationenkapitalien, was sicherlich nur bedingt richtig ist.

Im ganzen gesehen hat der Verfasser aus dem Stoff herausgeholt, was herausgeholt werden konnte. Doch hätte wohl die Arbeit noch gewinnen können, wenn die Finanzierung nicht so einseitig vom Standpunkte der Unternehmungen betrachtet, sondern ihrer Abhängigkeit von der Lage des Geld- und Kapitalmarktes eine grössere Aufmerksamkeit geschenkt worden wäre. Mit Hilfe einer detaillierten Emissionsstatistik, die leider ganz fehlt, hätte man zweifellos noch weitere Aufschlüsse über die Finanzierungsgrundsätze gewinnen können, vor allem, was die Wahl der Effektentypen, der Emissionszeit, des Emissionskurses usw. betrifft, während sich der Verfasser so mit einigen wenigen sporadischen Bemerkungen begnügen muss. Ausserdem will mir scheinen, dass die Ergebnisse dadurch etwas getrübt werden, dass ein zu starkes Gewicht auf die Kriegsjahre gelegt wird. Die meisten Spezialtabellen beginnen mit 1910 oder 1914, so dass die Auswirkung eines normalen Konjunkturverlaufs gar nicht oder nur nebenbei untersucht werden konnte. Abgesehen davon, haben wir es aber mit einer fleissigen Arbeit zu tun, die die Kenntnis der schweizerischen Industrie nach einer wichtigen Seite bereichert. *E. Böhler.*

Howald, Emil, Die direkte Besteuerung der Genossenschaften durch die Kantone und den Bund. Diss. Neuenburg, Weida in Thür. 1925. 158 S.

Die Arbeit zerfällt in zwei Hauptteile. Im einführenden Teil beschäftigt sich der Verfasser mit dem Problem der Genossenschaftsbesteuerung in der Schweiz im allgemeinen. Im zweiten Teil, dem Hauptteil der Arbeit, legt er dar, wie Bund und Kantone die Frage der Genossenschaftsbesteuerung in ihrer Gesetzgebung praktisch zu lösen versucht haben.

Als Ergebnis einer eingehenden Untersuchung stellt der Verfasser fest, dass die prinzipiellen steuerrechtlichen Forderungen der Genossenschaften, vor allem die Steuerfreiheit der Rückvergütungen und die Ausnahme der Anteilscheine von der Steuerpflicht, zurzeit in der Schweiz bei weitem nicht restlos erfüllt sind. Eine zweckmässige Neuordnung des schweizerischen Genossenschaftsrechtes im Obligationenrecht wäre auch vom steuerpolitischen Standpunkte aus zu wünschen. In erster Linie bleibt zu hoffen, dass die Besteuerung der Genossenschaften mehr und mehr von derjenigen der Aktiengesellschaften losgelöst werde, insbesondere wenn die letztere so vor sich geht, dass sie auf die typischen Merkmale dieser Gesellschaften, den Kapitalassoziations- und Gewinncharakter, aufgebaut ist, wie dies bei modernen Spezialsteuern für juristische Personen der Fall ist.

Bei der grossen Dezentralisation des schweizerischen Steuerrechtes war die Beschaffung und Verarbeitung des Materials mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Der Verfasser hat sich jedoch mit grosser Gewissenhaftigkeit seiner keineswegs leichten Aufgabe erledigt. Besonders hervorzuheben ist, dass die Arbeit ein getreues Bild der in Kraft bestehenden Gesetzgebung gibt und keine veralteten gesetzlichen Bestimmungen aufführt, wie dies bei ähnlichen Arbeiten sehr oft vorkommt. Da wo der Verfasser zu den grundsätzlichen Fragen der Genossenschaftsbesteuerung Stellung nimmt, zeigt sich eine leichte Beeinflussung durch das benutzte genossenschaftliche Quellenmaterial. Die Objektivität der Betrachtungsweise wird dadurch jedoch nicht gestört. Die Arbeit ist als wertvolle Bereicherung unserer speziellen Steuerliteratur zu betrachten und besitzt unzweifelhaft einen nicht zu unterschätzenden praktischen Wert. *Higy.*

Fritz Schwarz, Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker. Bern 1925. Verlag des Pestalozzi-Fellenberg-Hauses. 258 Seiten.

Die Rolle des Geldes auf der Bühne des Welttheaters aus der verwirrenden Fülle des Geschehens herauszuheben und zu schildern, ist fürwahr eine ungemein verlockende, aber auch riesenhafte Aufgabe. Wieviele Geschichtsforscher oder Volkswirtschafter würden davor nicht zurückschrecken? Ohne ein forsches und unbekümmertes Draufgängertum lässt sich eine solche Auf-

gabe wohl nicht bewältigen. Im Vorwort zu seinem Buche sagt Schwarz bescheiden: «Die vorliegende Arbeit beschränkt sich bewusst auf blosse Anregungen für künftige Forschungen auf dem Gebiet der Geschichte. Es wird nur bereits vorhandener Stoff zusammengestellt.» In der Tat ist das Werk nichts anderes als ein Zitatenlexikon mit oft sehr beachtenswerten Auszügen aus mancherlei geschichtlichen Abhandlungen, die durch mehr oder weniger passende Zutaten und Verbrämungen des Sammlers in einen gewissen innern Zusammenhang gebracht worden sind. Einmal deckt die wörtliche Wiedergabe der Ausführungen Taines über die Assignaten in einem Zuge nicht weniger als zwölf Seiten. Ich habe grosses Verständnis dafür, dass Sch. nicht auf die Quellen zurückging und dass sein Zitatenschatz nicht vollständig und mitunter etwas wahllos zusammengetragen ist. Sicherlich ist einem Manne, der als Sekretär der schweizerischen Freigeldler des Tages Müh' und Arbeit kennt, die Belesenheit, wofür sein Buch zeugt, nicht gering anzukreiden.

Die Unerschrockenheit, mit der Sch. seine Aufgabe angepackt hat, erscheint freilich in einem etwas anderen Licht, wenn wir sehen, welchen Verfahrens er sich bedient. Sch. geht, bevor er die verschiedenen Völker in die Reagenzgläser seines Freigeldlaboratoriums steckt, von der Annahme aus, «dass die langsame Vermehrung des Geldes die Völker hebt, die Ausbildung der Geldwirtschaft zur Zinswirtschaft jedoch die Völker innerlich zerreisst und ihren Untergang herbeiführt und die Verminderung des Geldes die Völker wieder auf schon überstiegene Stufen zurückschlägt, von wo sie wieder aufsteigen können, wenn der Zufluss an Geld neuerdings einsetzt» (S. 32). Nach diesem Rezepte werden hierauf die Reagenzgläser untersucht, und wenn das Ergebnis nicht den Erwartungen entspricht oder die Geschichtsschreiber über das, was Sch. besonders am Herzen liegt, schweigen, so bringt ein kecker Kunstgriff die Experimente zum Gelingen und bestätigt glänzend die Richtigkeit der Hypothese. Einige Beispiele mögen die geniale Arbeitsmethode von Sch. veranschaulichen:

Wie ging Salomos Reich zugrunde? «Durch die Verwendung des Goldes im Tempel ... wurde die umlaufende Geldmenge sicher (!) stark vermindert, und die Folge musste ein allgemeines Sinken des Preisstandes sein ... Darauf erhoben sich zehn Stämme gegen Rehabeam und trennten sich unter Jerobeam vom Reiche los. So zerfiel das jüdische Reich infolge der Vernichtung seiner Geldwirtschaft.» (S. 47.) Bei den alten Ägyptern ging es noch einfacher zu: «Wahrscheinlich (!) war der Geldzufluss kein stetiger und vor allem kein langandauernder. Daher sank die kaum erblühte Kultur bald wieder zurück auf die frühere Stufe während der langen Dauerkrise.» (S. 50.) Den Persern wird dasselbe Geschick wie den Juden zuteil: «Von Darius ... und seinem Sohne Xerxes wird ausdrücklich die Pracht seines Hofes hervorgehoben. Zweifellos (!) hat auch er die umlaufende Geldmenge vermindert.» (S. 51.) «Wie kam der Niedergang Athens? ... Über die Ursache der allgemeinen Unzufriedenheit gibt ausser dem Zerfall des Volkes in Zinsnehmer und Zinsgeber die weitere Mitteilung Belochs Aufschluss, dass auf der Burg ein Kriegsschatz lag ... Und wenn wir gleichzeitig hören, dass der Bildhauer Pheidias das gesamte Beiwerk der Pallas Athene und des Zeus aus Gold machte, dann 423 die Hera ganz aus Gold und Elfenbein und dass schliesslich geklagt wurde, er habe Gold unterschlagen, so ist wohl ohne weiteres (!) anzunehmen, dass ein gewisser Geldmangel und damit ein schlechter Gang der Geschäfte sich eingestellt haben kann.» (S. 67.) Auf diese unnachahmliche Art schreitet Sch. mit Riesenschritten durch die Weltgeschichte; stets findet er im Handumdrehen des Rätsels Lösung. Unfehlbar scheitert das durch die schwellenden Segel der Geldvermehrung vorwärtsgetriebene Schicksalsschiff eines jeden Volkes an der Klippe der Zinsherrschaft oder wird vom Wirbel der Geldverminderung verschlungen. Aber schon im Mittelalter (vgl. S. 113 und 114) versagt die Regie und vollends in der Neuzeit, die trotz unzähliger Krisen und Kriege der Menschheit, zumal im letzten Jahrhundert, eine unerhörte Wohlstandsvermehrung bescherte. Mit dem «Untergang der Völker» durch Zinswirtschaft und Geldverminderung war es da offenbar nicht mehr weit her. Allerdings bucht Sch. den Weltkrieg auf das Konto der von den Freigeldlern verabscheuten Goldwährung und erwartet von seiner Schrift und den durch sie angeregten Untersuchungen, dass unserm Jahrhundert die Augen geöffnet und der Abgrund gezeigt werde, an dessen Hängen es wandere (S. 99).

Aus dieser Katastrophentheorie liesse sich zum Wohle aller Länder der gute Rat ableiten, jede Geldvermehrung und -verminderung hübsch bleiben zu lassen, wenn, ja wenn man damit nicht die Völker nach der gleichen Theorie zum ewigen Stillstand verdammte. Denn ohne Geld-

vermehrung gibt es darnach keine wirtschaftliche Blüte, keinen geistigen Fortschritt. Sch. zieht dennoch jenen Schluss, verleugnet die eine Hälfte seines eigenen Buches und erhofft von einer Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes den Himmel auf Erden: Krisen, Arbeitslosigkeit, Absatzstockung, Verarmung der Völker werden vermieden, während der Reichtum rasch zunimmt, der Zins, die Ausbeutung der Arbeitenden, die Gegensätze zwischen Reich und Arm verschwinden, die Ursache der Klassenkämpfe und Kriege, kurz die «politische Geschichte», fällt dahin, und es bleibt nur noch die «Kulturgeschichte». Das ist auf der letzten Seite des Buches der Weisheit letzter Schluss. Andere Leute, die ebenfalls die Festigung der Kaufkraft des Geldes erstreben, sind weniger anspruchsvoll.

Sch. verwahrt sich im Vorwort seines Buches ganz entschieden, aber vergeblich, gegen den Vorwurf, dass er dem historischen Materialismus huldige. Lässt sich diese Geschichtsauffassung kräftiger auf die Spitze treiben, gründlicher ad absurdum führen? *Kellenberger.*

Eduard Freimüller, Die wirtschaftliche und soziale Stellung der Beamtin in der Schweiz, 124 S., Bern 1925.

Der Titel dieser Arbeit stimmt insofern mit ihrem Inhalt nicht völlig überein, als nicht nur die weiblichen Beamten, sondern die weiblichen Beamten und Angestellten (mit Ausnahme der Angestellten in Läden, Hotels und Wirtschaften) der öffentlichen und privaten Verwaltungen, des Handels und der Industrie in die Untersuchung miteinbezogen sind. «Im weiteren Sinn des Wortes verstehen wir unter Beamtin diejenige Gruppe der weiblichen Erwerbstätigen, die sowohl in öffentlichen als auch in privaten Verwaltungen und Betrieben als Verwaltungs- oder Bureaupersonal bezeichnet wird», führt der Verfasser auf Seite 13 aus und umschreibt damit den Personenkreis, dem er sein Interesse schenkt. Er hält sich dadurch weder an den Sprachgebrauch, der in der Schweiz die Bezeichnung «Beamter» nur für in höheren Stellungen befindliche Personen verwendet, noch an den Rechtsbegriff, der ein öffentlich rechtliches Dienstverhältnis und die Übertragung eines Amtes voraussetzt. Auch wird — entgegen dem im Titel gegebenen Versprechen — über die soziale Stellung der «Beamtin» so gut wie gar nichtsausgesagt.

Die Arbeit ist in vier Hauptteile gegliedert: 1. Kapitel: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Beamtin im allgemeinen, 2. Kapitel: Die Beamtin in den öffentlichen Verwaltungen, 3. Kapitel: Die Beamtin in der Privatwirtschaft, 4. Kapitel: Allgemeine Verbandsbestrebungen der Beamtinnen zum Schutze ihrer Interessen.

Von besonderm Interesse sind die im zweiten Kapitel vereinigten Angaben über Beschäftigungsart, Zahl und Gehälter der «Beamtinnen» in den öffentlichen Verwaltungen mit Einschluss des Völkerbundssekretariates und des B. I. T., die in bezug auf die Anstellung von Frauen zu den schweizerischen Verwaltungen in einem gewissen Gegensatz stehen. Während die schweizerischen Verwaltungen keinen eigentlich leitenden Posten einer Frau anvertraut haben, arbeitet am B. I. T. ein weiblicher «Chef de la Section législative» (Gehalt 28.000—33.000 Fr.). Der Verfasser kommt zum Schluss (S. 71), dass bei diesen internationalen Verwaltungen «der Idee der Gleichstellung beider Geschlechter ... durch die gesetzliche Festlegung und die tatsächliche Ausübung erstmals zum Durchbruch verholfen worden» sei.

Die ganze Arbeit hätte unbedingt an Wert gewonnen, wenn die grundsätzlichen Fragen der möglichen und tatsächlichen Verwendung der Frauenarbeit besser verarbeitet und konsequent zur Deutung der beschriebenen Verhältnisse herangezogen worden wären. Der Verfasser hätte sich dabei mit Gewinn auf die ihm offenbar unbekannte Schrift der Alice Salomon: Die Ursachen der ungleichen Entlöhnung von Männer- und Frauenarbeit, Leipzig 1906, gestützt, die, obwohl nun schon 20 Jahre alt, heute noch unübertroffen dasteht. *D. S.*

Margarita Gagg, Wesen und Aufgabe des Arbeiterinnenschutzes. Berner Diss. 1925. Druck von Huber & Co. in Frauenfeld.

Durch die Forderung absoluter Gleichstellung im Gesetz gerät die Frauenrechtsbewegung in Gegensatz zur Praxis eines besonderen Arbeiterinnenschutzes, der für Frauen andere, speziell strengere Vorschriften aufstellt als für Männer, ihre Arbeitszeit mehr verkürzt und sie von gewissen Beschäftigungen ausschliesst. Einige Theoretiker der Frauenrechtsbewegung sehen darin eine Schädigung der erwerbstätigen Frau und wünschen die Aufhebung dieser Bestimmungen oder ihre Ausdehnung auf die Arbeiter.

Die Berechtigung dieser gegensätzlichen Einstellung in objektiver Weise zu untersuchen, hat sich die Verfasserin der vorliegenden Studie zur Aufgabe gemacht. Die Ausführungen verraten genaue Kenntnis des Arbeitsrechtes und der den Frauenschutz betr. Spezialprobleme. Doch ist die Darstellung mit Zitaten und Zitierungen nicht überlastet, sondern verfolgt mit unbeirrbarer Logik, in knapper, sauberer Formulierung einen eigenen Gedankengang, den wir wie folgt skizzieren möchten.

Die wegleitende Frage ist, ob der Verschärfung der Schutzvorschriften zugunsten der berufstätigen Frau der Gedanke der Beseitigung der Frauenarbeit zugrunde liegt oder ob dieselbe aus dem Wesen des Arbeiterschutzes selbst zu erklären ist.

Die Grundlagen für die Umschreibung des Wesens des Arbeiterschutzes entlehnt die Verfasserin der Rechtstheorie (Potthoff, Stammler, Eugen Huber): Alles Recht ist seinem innersten Sinne nach sozial. Die Gesetze der modernen, individualistischen Rechtsordnung erwiesen sich aber in der Ausführung als unsozial, da sie von einer schematischen Gleichstellung der Rechtsunterworfenen ausgingen. Aufgabe der «Sozialgesetzgebung» ist es, diese abstrakte Gleichheitstheorie zu korrigieren. «Unsere „Sozialgesetze" sind deshalb, nicht ohne Ironie sei es gesagt, Sondergesetze, da sie nur zum Schutze derjenigen erlassen wurden, die zum vorneherein in einer wirtschaftlich benachteiligten Stellung, unter den Prinzipien des gleichen Rechts für alle, durch die moderne Produktionsweise in ihrer Gesundheit und Existenz gefährdet sind.» (S. 3.) In der Schweiz deckt sich diese Forderung des gerechten Gesetzes mit dem demokratischen Gedanken der Gleichheit, der auch auf wirtschaftlichem Boden verwirklicht werden soll.

Die Gegenwartsaufgaben der Sozialgesetzgebung sind bedingt durch die Schädigungen gesundheitlicher, moralischer, geistiger und wirtschaftlicher Natur, die in der von unserer Rechtsordnung akzeptierten individualistisch-kapitalistischen Wirtschaftsform und ihrer Produktionsweisen den ökonomisch schwächeren Bevölkerungsschichten, vorab den Arbeitern, zugefügt werden. Frauenerwerbsarbeit ist in dieser Rechts- und Wirtschaftsordnung nicht ausgeschlossen, und der Arbeiterschutz muss also auch die Frau treffen. Ein prinzipieller Gegensatz zwischen den Zielen des Arbeiterschutzes und des Arbeiterinnenschutzes besteht nicht.

Aus diesen Voraussetzungen lässt sich der Satz gewinnen, dass «das Mass des Schutzes sich nach dem Grad des Schutzbedürfnisses zu richten hat» (S. 26). Hinsichtlich des Arbeiterschutzes im engern Sinne, des Gesundheitsschutzes, zeigt sich nun, dass die Frauen den schädigenden Einflüssen der Erwerbsarbeit zugänglicher sind als die Männer. Ausser der individuellen Gesundheit steht ja auch die kommende Generation, stehen die Lebensinteressen des Kindes in Frage, und sie sind durch die weibliche Erwerbsarbeit ebenfalls stärker gefährdet als durch die des Mannes.

«Arbeiterinnenschutz ist Mutterschutz», schreibt die Verfasserin (S. 37). Er darf jedoch, entsprechend den allgemeinen Zielen der Sozialgesetzgebung, die Frau als Erwerbstätige nicht schädigen, sondern muss ihr durch die Berücksichtigung ihrer besonderen Lage Erleichterung verschaffen. Theoretisch ist damit die Grenze gegeben. «Das Schutzsubjekt des Arbeiterinnenschutzes ist immer die erwerbstätige Frau» (S. 37). Er beschäftigt sich nicht mit der Frage, «auf welche Weise allmählich die Frau von der ausserhäuslichen Erwerbsarbeit weg wieder dem häuslichen Herd zugeführt werden kann.» (ibid.)

In einem letzten Kapitel «Der gesetzliche Sonderschutz der Frau» behandelt die Verfasserin eine Reihe sich ergebender praktischer Probleme, worunter an erster Stelle die wirtschaftlichen Rückwirkungen. Die Löhne (S. 43) erfahren durch die Verringerung der Rentabilität der Verwendung von Frauen sehr wahrscheinlich keine Herabsetzung. Vermutlich wird gerade dank der verstärkten Schutzmassnahmen die Frauenarbeit heute besser gewertet und gewürdigt als früher. An dieser Stelle halten wir eine Ergänzung der äusserst verdienstvollen Arbeit durch Statistiken der Lohnentwicklung für wünschenswert, desgleichen eine mit Hilfe der Statistik zu führende Untersuchung der Frage, ob der Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes nicht doch einen relativen numerischen Rückgang der Frauenarbeit zur Folge hatte. *D. S.*